

Redaktion und Verwaltung: Prag II., ...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post ...

3. Jahrgang.

Dienstag, 16. Oktober 1923.

Nr. 241.

Das deutsche Ermächtigungsgesetz.

Zum deutschen Reichstag wurde am Samstag — nachdem die Abstimmung am Donnerstag vorher wegen Absentierung der Deutschnationalen und Kommunisten vertagt werden mußte — das vielumstrittene Ermächtigungsgesetz mit 316 gegen 24 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen angenommen. Seine Annahme bedeutet die Pannung der schwersten Krise, in die bisher der deutsche Parlamentarismus geraten war. Ob damit die Gefahren, die dem Parlamentarismus, dem Reiche und Volke drohen, dauernd beseitigt sind, ist freilich eine andere Frage. Sie kann kaum bejaht werden. Die Verhandlungen über das Gesetz hatten aber nicht nur eine Krise für das Parlament, sondern im besonderen auch für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei im Gefolge, deren linker Flügel für die Ablehnung des Gesetzes war, während die große Mehrheit der Reichstagsfraktion, seitdem aus dem Gesetz die Bestimmung über die Befreiung des Achtstundentages ausgemerzt worden war, für seine Annahme eintrat. Die Erwartung der Gegner, daß es wegen der Stellung zum Ermächtigungsgesetz zu einer neuerlichen Spaltung der Partei kommen werde, hat sich zum Glück nicht erfüllt, wiewohl durch Mehrheitsbeschluß der Fraktion ihren Mitgliefern die Pflicht auferlegt wurde, an der Abstimmung teilzunehmen und für das Gesetz zu stimmen. Durch das Ermächtigungsgesetz wird die Reichsregierung ermächtigt, auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet, in beschränktem Maße auch auf sozialpolitischem, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, welche geeignet erscheinen, der Not und dem wirtschaftlichen Chaos in Deutschland entgegenzukehren. Das Ermächtigungsgesetz beinhaltet eine, wenn auch nur vorübergehende Verfassungsänderung und konnte nur zur Annahme gelangen, wenn zwei Drittel der Reichstagsmitglieder bei der Abstimmung anwesend und zwei Drittel davon für das Gesetz stimmten, was ohne geschlossene Abstimmung der Sozialdemokraten nicht möglich schien. Die Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion erblickte in der Erteilung dieser Ermächtigung an die Regierung eine Gefahr und bemühte sich, wie sie in einer veröffentlichten Erklärung ausführt, die Mehrheit für ihre Überzeugung zu gewinnen; als ihr dies nicht gelang, fügte sie sich dem Fraktionszwang, weil sie die Einheit der Partei höher stellte, als ihre von den Anhängern der Mehrheit abweichende Meinung. Der linke Flügel der Fraktion gab damit ein erfreuliches Beispiel von Disziplin, deren Geist das schwerste Unheil verhütete, das im gegenwärtigen Augenblicke die sozialistische Arbeiterklasse Deutschlands treffen könnte: die neuerliche Zerreißung der sozialdemokratischen Partei.

Daß das Gesetz, welches der Regierung große Vollmachten erteilt, im Schoße der Parteien — denn es war nicht nur innerhalb der sozialdemokratischen Partei hart umstritten — Meinungsgegenstände weckte, ist erklärlich. Das Ermächtigungsgesetz ist ein abnormaler Gesetzentwurf und kann seine Erklärung nur in den abnormalen Verhältnissen finden. Es kann nicht geleugnet werden, daß der Reichstag, der das Censurregime nur zu lange duldete, daran nicht ganz unschuldig ist, wenn heute Deutschland jeden Augenblick in den Abgrund zu sinken droht. Aber darum kann ihm doch nicht das Recht und die Pflicht bestritten werden, alles vorzuziehen, der ärgsten Gefahr vorzubeugen und die Wiederkehr gesunder Verhältnisse vorzubereiten. Um zu verstehen, warum die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion für die Annahme des Gesetzes war, muß man sich die ganze trostlose Lage Deutschlands, seinen allen bisherigen Vorstellungen spottenden Währungsjammer, die steigende Verzweiflung der Massen des deutschen Volkes und schließlich die inneren Gefahren, die ihm von rechts und links drohen, vor Augen führen. Zu alledem kommt, daß

Die deutsche Rentenmark — ein neues wertbeständiges Zahlungsmittel.

Berlin, 15. Oktober. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer deutschen Rentenbank beschloßen. Die Papiermark bleibt gesetzliches Zahlungsmittel. Neben ihr wird einer der deutschen Rentenbank auszugebende Rentenmark ein wertbeständiges Umlaufmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in

Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe, sie wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen, um baldmöglichst viele wertbeständige Zahlungsmittel in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Rentenmark zu eins, zwei und fünf Dollar beschloßen.

Die Verzweiflung steigt.

Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. — Reichswehr und Polizei stellen die „Ordnung“ her: Tote und Verwundete in den Straßen.

Die Plünderungen in Düsseldorf dauern fort. Sobald eine Wache erscheint, verschwinden die Demonstranten und beginnen an anderen Stellen zu plündern. Die Besatzungsbehörden haben gestatt, daß nach Düsseldorf Züge mit Ruhrkohle für Kohlebedarf geschickt werden.

In Neustadt kam es zu Demonstrationen der Erwerbslosen, wobei die Polizei gezwungen war, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Zahlreiche Personen wurden verletzt.

In Leipzig kam es am Samstag nachmittag zu Lebensmittelunruhen, die in der Markthalle begannen und in der inneren Stadt ihre Fortsetzung fanden. Die Verkäufer in der Halle und den Ständen mußten den Demonstranten Mehl, Brot, Fett, Butter und andere Lebensmittel geben, um ärgere Ausschreitungen zu verhüten. Die Ruhe konnte am Abend wiederhergestellt werden.

Im Laufe des Sonntag ist es an verschiedenen Stellen Großberlins infolge der hohen

Lebensmittelpreise zu Ansammlungen und auch Plünderungen gekommen. Im Vororte Niederschönweide wurde ein Kaffeehaus ausgeplündert.

Auch in den Stadtteilen Neukölln und Schöneberg wurden mehrere Bäckereien geplündert. Die Zusammenrottungen von Erwerbslosen wurden durch die Polizei auseinandergetrieben. In Schöneberg mußte eine Menge von 5000 Personen, die außerordentliche Erwerbslosenunterstützung verlangten und das Rathaus stürmen wollten, von der Schutzpolizei mit aufgestellten Seitengewehren zerstreut werden.

In Meiningen ist es in der Nacht vom 13. auf 14. Oktober zwischen den Einwohnern und den Reichswehrsoldaten zu einer Schlägerei gekommen. Neben Aufforderung der Polizei griff die Reichswehr ein, wobei einige Personen verwundet wurden. Zwei von ihnen sollen ihren Verletzungen bereits erlegen sein.

Ein Straßenkrawall: Zwei Tote, sieben Verwundete.

Stuttgart, 15. Oktober (Wolff). Das Wehrfreikennmando V teilt mit: In der Nacht zum 15. d. M. wurde in Emmingen ein Soldat des 14. Infanterie-Regimentes von drei Zivilisten angegriffen und ihm das Seitengewehr entzogen. Daraus entstand ein großer Tumult, in dessen Verlaufe etwa 40 Soldaten von mehr als 200 Zivilisten bedroht wurden. Da die

Polizei nicht imstande war, die Streitenden zu trennen, rief sie das Wachkommando des Reichswehrcorps an. Dieses in einer Stärke von zwei Unteroffizieren und 10 Mann wurde bei seinem Erscheinen von der Menge beschimpft und bedroht. Als schließlich aus der Menge ein Schuß auf die Soldaten abgegeben wurde, machte das Wachkommando von der Schußwaffe Gebrauch. Dadurch wurden zwei Zivilisten getötet und sieben verwundet. Eine Untersuchung des Vorfalles ist eingeleitet worden.

Frankreich, das stets erklärte, es könne erst nach Einstellung des Aufrührerwiderstandes in Verhandlungen eintreten, nun neue Bedingungen stellt. Verhandlungen ablehnt und sichtbar auf den Zerfall Deutschlands wartet. Von außen und innen ist der Bestand des Reiches bedroht, jede Verzögerung, selbst um Stunden, kann verhängnisvoll werden. Die Not ist bis zum Gipfel gestiegen, und während in den Städten hungernde Arbeitslose Lebensmittelläden plündern, rüsten die Hafenkreuzer, denen das Vahlein der Kommunisten Hilfe leistet, zum entscheidenden Streich. In einem Augenblick, da innen und außen der Feind zum Sprung bereit lauert, dürfte es nach Ansicht der Mehrheit unserer Genossen im Reichstage kein Zögern und Zaudern geben, in dieser Stunde der höchsten Gefahr reichen auch die normalen Mittel nicht aus. Der deutschnationalen Politik, welche auf die Wiederaufrichtung monarchistischer und junkerlicher Regierungszustände abzielt, den böhrischen und rheinischen Separatisten, welche die Zertrümmerung der Republik wollen, muß ebenso entgegengetreten werden, wie den Hyänen des wirtschaftlichen Schlachtfeldes, den Preisdreibern, Wucherern und Spekulanten, welche die ungeheure Not des Volkes zu ihrer Bereicherung ausnützen und die Mark ins bodenlose stürzen. Welche Organe der Wucherer, zeigt allein schon die eine Tatsache, daß am Dienstag der vorigen Woche ein Laib Brot 76 Millionen Mark kostete, am Mittwoch 105 Millionen, am Donnerstag 570 Millionen! Der Bürgerkrieg muß eintreten, wenn das so weitergeht. Damit wären auch die Zerstückelung des Reiches und nur noch ärgere Zustände gekommen. Der Reichstag hatte nur zwei Möglichkeiten: die Annahme des Er-

mächtigungsgesetzes oder die Auflösung des Reichstages. Aber dabei hätte es nicht sein Bewenden gehabt, denn Neuwahlen, unter dem Belagerungszustand und den gegenwärtigen Verhältnissen vorgenommen, wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, weit eher hätten die Reichstagsmitglieder die Reichstagsauflösung zum Signal genommen, ihre Pläne in die Tat umzusetzen, zum mindesten wäre durch Staatsstreich die Einsetzung eines diktatorischen Direktoriums erfolgt, das ohne Reichstag die notwendigen Maßnahmen durchgeführt hätte. Es mußte wenigstens der Versuch unternommen werden, alle Maßnahmen rasch und energisch zu treffen, der völligen Auflösung des Reiches und der Wirtschaft Herr zu werden. Ob dies gelingt, und ob es nicht bereits zu spät ist, muß abgewartet werden.

Die Radikalen von links und rechts schreien über „Diktatur“ und über Verletzung der Demokratie! Dabei sind es deutschnationale wie Kommunisten, die gegen den Parlamentarismus, gegen Verfassung und Demokratie kämpfen. Ihnen, denen das Parlament nur eine „Schwabbude“ ist, und die im Haffe gegen Parlament und Demokratie sich vereinen, fehlt jede Legitimation, sich über das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung, in der Sozialdemokraten sitzen, gewisse Vollmachten und Rechte erteilt, die an eine parlamentarische Kontrolle geknüpft sind. Diese Vollmachten mögen eine gewisse Gefahr bedeuten, aber diese Gefahr wird verschwindend klein, wenn die Sozialdemokratie geschlossen bleibt und auf dem Posten stehen wird. Daß dies geschieht, diese Überzeugung, die heute schon die Massen erfüllt, wird durch die Tatsachen erhärtet werden!

Herunter mit den Preisen!

Um die Zukunft der tschechoslowakischen Industrie.

Die Herabsetzung der Kohlenpreise, die nunmehr im Amtsblatt veröffentlicht worden ist, birgt für die Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie, für die Gestaltung der Volkswirtschaft dieses Staates, für das Wohlergehen seiner Bevölkerung bedeutende Möglichkeiten in sich. Es handelt sich nicht nur darum, daß im nächsten Winter die breiten Massen der Bevölkerung billigere Kohle erhalten werden, sondern daß durch die Verbilligung der Kohle eine bedeutsame Verbilligung der Preise aller Industrieerzeugnisse eintreten muß. Macht doch die Kohle einen beträchtlichen Teil der Produktionskosten jeder Industrie aus, so daß schon aus der Verbilligung dieses Produktionsfaktors allein eine Herabsetzung der Preise jedes Industrieerzeugnisses resultiert. Aber die Herabsetzung der Kohlenpreise pflanzt sich im Produktionsprozeß wie eine Welle fort, die billigere Kohle bedeutet billigeres Eisen und dadurch wohlfeilere Herstellung aller Produktionsmittel. Da auch die Eisenbahnfrachten durch die Herabsetzung der Kohlensteuer ermäßigt werden dürfen, so wird eine ganze Reihe der für die Produktionskosten bestimmenden Faktoren herabgesetzt und eine Herabsetzung der Industrieerzeugnisse ist somit — selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Produktionsweise und der Kapitalisten aus — möglich.

Was das für die Zukunft bedeutet, ist klar. Wir sind zwei Jahre lang durch die Wüste der Krise gewandert. Tausende von Arbeitern haben hungern müssen, zehntausende von Menschen haben einen verzweifelten Kampf gegen Hunger, Not und Elend geführt. Gerade jetzt werden die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung günstiger, die Zahl der Arbeitslosen ist ein wenig zurückgegangen und es ergibt sich, wenn die Produktionskosten der Industrie herabgesetzt werden, die Möglichkeit, daß der Export belebt wird, daß der Inlandskonsum steigt, kurz, daß die Industrie besser beschäftigt wird. Es ist also ein Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft, daß die wirtschaftlichen Folgen des Bergarbeiterstreiks mit aller Konsequenz gezogen, das heißt, daß alle Möglichkeiten für die Verbilligung der Industrieerzeugnisse energisch ausgenutzt werden! Es ist ein entscheidender Augenblick für die Weiterentwicklung der tschechoslowakischen Industrie, die Lebensfähigkeit unserer Industrie wird sich nun zu erweisen haben, es wird sich zeigen, ob unsere Industrie ihre Arbeiter ernähren kann oder nicht, ob unsere Arbeiter in den nächsten Jahren Arbeit haben werden oder ob die Tschechoslowakei Jahr für Jahr tausende von Arbeitslosen aufweisen wird. Gatten wir weitblickende Industrielle, dann müßten diese alle Kräfte aufwenden, um die Produktionskosten zu senken und so die Zukunft der Industrie sicherzustellen, die tschechoslowakische Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten.

Es scheint aber, daß der entscheidende Augenblick für die weitere Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie ein kleines Geschlecht von Unternehmern gefunden hat. Das „Prager Tagblatt“ hat in seinem sonntägigen Handelsteil das Ergebnis einer Umfrage in den wichtigsten Industriezweigen veröffentlicht, aus welcher hervorgeht, daß sich die Unternehmer um die Frage der Verbilligung der Industrieerzeugnisse einfach drücken wollen! Ihr augenblickliches Profitinteresse schlägt jede weitblickende Erwägung. So behauptet ein Eisenindustrieller, daß die Eisenpreise bereits im Sommer ermäßigt wurden und die Herabsetzung der Kohlenpreise auf die Art schon vorweg genommen wurde. Dasselbe behauptet ein Glasindustrieller. Die Unternehmer sind also so vorausblickend gewesen, daß sie bereits im Sommer über die Art und das Ausmaß der Herabsetzung der Kohlenpreise informiert und so gutig waren, mit den Preisen ihrer Industrieerzeugnisse herunterzugehen. Wer das nicht glaubt, dem ist nicht zu helfen! Der Gewährsmann des „Prager Tagblatt“ aus der Glasindustrie erzählt, — und das „Prager Tagblatt“ gibt ihm in einer redaktionellen Bemerkung recht — daß alle Exportindustrien schon längere Zeit „fast ohne Gewinn“ arbeiten und daß sich infolge Herabsetzung der Kohlenpreise die Ausfuhr nunmehr etwas „lukrativer“ gestalten dürfte. Die Industriellen wollen die Bevölkerung glauben machen, daß sie in der letzten Zeit überhaupt nichts verdient haben — obwohl fast jeden Tag die Bilanz irgend einer Aktiengesellschaft veröffentlicht wird, die infolge ihrer hohen Divi-

bende Existenz erzeugt — und plädieren schon jetzt auf mildernde Umstände, wenn sie in der nächsten Zeit ihre Klassen wieder aufzufüllen in die Lage kommen sollten. Die Textilindustriellen wieder gebrauchen die Ausrede, daß ihre Betriebe nicht voll beschäftigt sind und daß die Kohlenpreise auf die Herstellungskosten um so weniger Einfluß haben, je weniger die Kapazität der Werke ausgenutzt wird. Eine solche Argumentation ist eine blanke Spiegelschere, denn wenn die Kohle billiger wird, muß der Preis der Textilwaren heruntersinken, ob nun ein Werk mit 60 oder mit 100 Prozent ausgenutzt wird. Gerade in der Textilindustrie haben sich die Verhältnisse seit Anfang dieses Jahres zusehends gebessert und auch die Textilindustriellen werden sich der Herabsetzung der Preise ihrer Produkte nicht entziehen können. Wenn die Zuckerindustriellen schließlich erzählen, daß sie mit teurerer Kohle für die laufende Kampagne bereits eingebüßt sind, so ist ihnen entgegenzuhalten, daß es eben das Risiko des Unternehmers ist, zu einer früheren Zeit einzulaufen und zum Tagespreis zu verkaufen, daß die Unternehmer aus den jeweiligen Preisschwankungen beträchtlichen Nutzen ziehen und daher auch den Schaden tragen müssen, der sich einmal in der Zeit aus diesen Preisschwankungen für sie ergibt.

Die wenigen Äußerungen von Unternehmern, auf die hier hingewiesen wurde, scheinen dafür zu sprechen, daß es sich um ein großzügiges Komplott kleinerer Unternehmer handelt, die den Unterschied in den Kohlenpreisen von früher und jetzt einfach in die Tasche stecken wollen und die nicht sehen, daß von der Herabsetzung der Preise der Industrieprodukte die Zukunft der tschechoslowakischen Industrie abhängt. Es ist charakteristisch, daß gerade das „Prager Tagblatt“, welches sonst vorgibt, die allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen zu vertreten, den Unternehmern nicht nur die Möglichkeit bietet, der Öffentlichkeit ihre falschen und verderblichen Argumente vorzutragen, sondern sie noch indirekt aufmuntert, ja nicht mit ihren Preisen herunterzugehen. Es ist Sache der Regierung und des in vierzehn Tagen zusammentretenden Parlamentes, darauf zu drängen, daß die Herabsetzung der Preise der Industrieprodukte raschest durchgeführt wird, damit die Lebenslage der Arbeiterschaft der Tschechoslowakei gehoben, die Möglichkeiten zukünftiger wirtschaftlicher Entwicklung ausgenutzt und so kommender Arbeitslosigkeit entgegengearbeitet wird. Die Konsequenzen der Herabsetzung der Preise der Kohle, dieses wichtigsten Hilfsstoffes der Produktion, müssen im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung mit aller Entschiedenheit gezogen werden. Erweisen sich hier Regierung und Parlamentsmehrheit als schwach, dann laden sie eine ungeheure Schuld auf sich. Sie dürfen nicht ihre Hand dazu erheben, daß der Blick auf den Unternehmerprofiit die Zukunft der Industrie und der Arbeiterklasse geopfert wird, daß der Profit die Produktion erschlägt!

England schlägt für Deutschland eine internationale Anleihe vor.

London, 15. Oktober. Das Kavabüro erfährt, die britische Regierung werde vorschlagen, daß Deutschland zur Bezahlung der Reparationen eine internationale Anleihe gewährt werde für den Fall, als Frankreich die Okkupation der Rheinlande und des Ruhrgebietes aufgibt.

Filme und Filmprobleme.

Von Fritz Stössinger (Berlin). Das Berliner Theaterjahr hat mutig mit der Aufführung einiger moderner Werke eingesezt, über die noch zu sprechen sein wird. Aber solange die grauenhafte Krise, die jeden einzelnen trifft, über uns und mit uns wütet, zieht der Film mit seinem aufgeregten Tempo und der Leichtigkeit des Genusses, die er bietet, die Menschen schneller an als der heute so umständliche und teure Theaterbesuch. Was Amerika bereits vollständig durchgemacht hat, erleben nun auch wir in Europa mit zunehmender Bestimmtheit: der Film führt alle Elemente unseres Lebens mit sich, er führt uns nicht so weit weg von unserem Dasein, so daß es um so leichter fällt, zu ihm zu gelangen, als etwa ins Theater zu einem klassischen Drama in ferne Wesensluft. Die Einwände, die man in Bildungskreisen noch immer gegen den Film erhebt, können mit gleichem Recht auch gegen das Theater vorgebracht werden: nämlich die große Zahl der Rieten neben der geringen Zahl der Treffer. Auch das Theater wirkt gerade den anspruchsvollen Besucher immer wieder in Enttäuschungen zurück, wenn er den Abstand der Darstellung von der Höhe eines Ebenwertes empfindet und er geht im Verhältnis ebenso oft enttäuscht fort als der regelmäßige Filmbesucher aus dem Kinosaal. Die aufrüttelnde Größe einer Dichtung kann der Film gewiß nie erreichen, solange er, ohne Worte gebrauchen zu können, die Konkurrenz mit dem Wortdrama sucht. Aber die konsequente Filmtechnik hat aus sich selbst heraus neue und gewaltige Wirkungen geschaffen und es wird ihr das um so leichter gelingen, je mehr sie sich von literarischen Abhängigkeiten befreit und in der Wiedergabe der Dinge selbst ihre Aufgabe erblickt. Die Dinge selbst: was heißt das? Geben wir Beispiele.

Die Sozialdemokraten für die Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht.) Daß der Ausnahmezustand seine Wirkungen bisher lediglich nach links gegen das Proletariat zeigt, während er der gegen die Republik gerichteten Agitation der Reichsradikalen so gut wie keinen Abbruch tut, zeigt sich am deutlichsten in dem Verhältnis zwischen dem Reich auf der einen und Sachsen und Thüringen sowie Bayern auf der anderen Seite. Der sächsische Ministerpräsident Zeigner hat in diesen Tagen erklärt, daß Sachsen zur deutschen Einheit und zur Republik stehe, und dieselbe Gesinnung herrscht auch in Thüringen. Trotzdem wurden die proletarischen Hundertschaften in Mitteldeutschland, die den Bestand der verfassungsmäßigen Regierung sichern sollen, von dem Dresdner Reichswehrgeneral aufgelöst; in Bayern dagegen wird ganz unvorwählich die Losreißung vom Reich und die Wiederherstellung der

Monarchie betrieben. Hier wagt der Reichswehrminister nicht, irgend etwas gegen die Umstürzler von rechts zu unternehmen, und wenn er hier wirklich eine Anordnung zum Schutze der Republik trifft, wird sie von Rohr einfach nicht befolgt. Die sozialistischen Minister haben im Kabinett verlangt, daß Bayern gegenüber alle Machtmittel des Reiches gebrucht werden; die bürgerlichen Minister dagegen scheuen vor einer offenen Austragung des Konfliktes zurück. Da infolge dieser Situation der Ausnahmezustand über das ganze Reich, der der bayerischen Diktatur den Wind aus den Segeln nehmen sollte, jeden Sinn verloren hat, wird die Sozialdemokratie jetzt verlangen, daß er wieder beseitigt und den Behörden der Länder und der Gemeinden ihre volle Bewegungsfreiheit zurückgegeben werde.

Die Auflösung der Hundertschaften — ein neues Kriegenobjekt.

Berlin, 15. Oktober. (Eigenbericht.) Ueber die Vorgeschichte der Auflösung der proletarischen Hundertschaften durch das Reichswehrkommando in Dresden erfährt man folgendes: Als vor vierzehn Tagen der erste gemeinsame Aktionsauschuß der Sozialdemokraten und Kommunisten in Weidau gebildet worden war, fragte das Reichswehrkommando die sächsische Regierung, ob sie etwas dagegen unternehmen wolle. Die sächsische Regierung antwortete darauf, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Aktionsauschüsse eine Garantie gegen öffentliche Unruhen bedeuten; es wäre daher unklug, sie zu verbieten. Auch bei einer anderen Gelegenheit wurde dem General eine ähnliche Erklärung abgegeben. Trotzdem hat das Reichswehrkommando jetzt das Verbot ausgesprochen und zu allem Ueberflus wird von Berliner Stellen, anscheinend vom Reichswehrminister selbst, in offiziöser Form bekanntgegeben, daß für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachsen Sorge getragen und nötigenfalls die dortige Wehrmacht verstärkt werden würde. Wenn die Reichsregierung nicht schleunigst eine Änderung dieser Zustände herbeiführt, so ist eine erneute Krise zu erwarten, denn die Sozialdemokratie wird nicht gewillt sein, sich diese einseitige Stellungnahme gegen die sozialistischen Regierungen gefallen zu lassen zu einer Zeit, wo der Reichswehrminister vor den bayerischen Drohungen immer aufs neue zurückzubreche.

Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Verordnung über die Auflösung der proletarischen Hundertschaften und Aktionsauschüsse zum Ausdruck gebracht, weil am Tage des Erlasses der Verordnungen der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Meyer zum Zivilkommissar für Sachsen ernannt worden sei und die Verordnungen seiner Zustimmung bedürft hätten. Um alle Zweifel zu beheben, gab der Militärbefehlshaber heute bekannt, daß für Sachsen bisher kein Zivilkommissar ernannt worden sei und die Verordnungen durchaus rechtskräftig seien.

Hilferdings Ausscheiden aus der Regierung.

Berlin, 5. Oktober. (Eigenbericht.) In der sozialdemokratischen Partei sind jetzt lebhaftere Erörterungen über die Taktik der Reichstagsaktion während der letzten Krise und der Wiederberufung an der großen Koalition im Gange. In einer Sitzung des Vorstandes für Brandenburg wurde von den Vertretern der Minderheit scharfe Kritik geübt. Bemerkenswert ist insbesondere das, was Genosse Heilmann, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, über das Ausscheiden Hilferdings sagte. Gegenüber den Genossen, die es als eine Niederlage der Sozialdemokratie bezeichnen, daß Hilferding als Finanzminister präsenben worden wäre, müßte festgestellt werden, daß die Schuld daran unter anderem diejenigen Genossen tragen, die die Arbeit Hilferdings kritisierten und dadurch den bürgerlichen Parteien das Stichwort zur Entfernung Hilferdings gegeben hätten. Aber Hilferding selbst hätte sich in bewundernswürdiger Weise darüber hinweggesetzt und vor dem Reichstagsauschuß die Neubildung der großen Koalition ohne seine Person verteidigt. Fast einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die der Aufrechterhaltung der großen Koalition zustimmt, die Aufhebung des Ausnahmezustandes verlangt und es angesichts der Reaktion in Bayern und des landesverräterischen Verhaltens der

Schwerindustrie als unverantwortlich bezeichnet, wenn jetzt Meinungsverschiedenheiten in der Partei ausgetragen werden.

Der Koffbath-Scandal.

Die sächsische Regierung verfügt die Festnahme. — Koffbath natürlich unauffindbar. Dresden, 15. Oktober. Samstag, den 13. d. kurz vor 3 Uhr erfuhr die sächsische Regierung, daß Koffbath vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen werde, weil Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt. Die sächsische Regierung hat daraufhin der Leipziger Polizei telegraphisch den Befehl erteilt, Koffbath festzunehmen. Gleichzeitig hat die sächsische Regierung an den Wehrkreislandmandanten IV den Antrag gestellt, auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916 Koffbath in Schutzhaft zu nehmen. Der Antrag wurde damit begründet, daß die weitere Festhaltung Koffbaths zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich sei. Gleichzeitig ist dem Kommando mitgeteilt worden, daß die sächsische Regierung der Polizei in Leipzig den Befehl erteilt habe, Koffbath festzunehmen. Als aber die Leipziger Polizei den Befehl ausführen wollte, war Koffbath bereits aus der Haft entlassen und sein Aufenthalt ist nicht bekannt. Die Polizei hat sich bemüht, seiner habhaft zu werden, hat ihn aber nirgends ermitteln können. Vom Wehrkreislandmandanten wurde Sonntag der Regierung mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Schutzhaft über Koffbath verhängt worden ist. Diese kann aber nicht vollzogen werden, da Koffbaths Aufenthalt unbekannt ist.

Eberts Beipie.

Berlin, 15. Oktober. (Wolff.) Der Reichspräsident hat in einer Zuschrift an den Reichsfinanzminister mitgeteilt, daß er im Hinblick auf die finanzielle Lage des Reiches und den Ernst der Zeitverhältnisse künftig bis auf weiteres auf die Hilfe der ihm na., dem Reichsausfallsplan bestimmten Aufwandselder Verzicht leisten.

Nach dem deutschen passiven Widerstand der französische.

Berlin, 15. Oktober. (Wolff.) Die Erwartung, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes eine baldige Verständigung über die dringendste praktische Frage zwischen Paris und Berlin bezüglich Wiederaufnahme des Eisenbahnbetriebes erfolge, ist nicht in Erfüllung gegangen. Frankreich lehnt die Rückkehr des ortsbahnen und sachkundigen deutschen Verkehrspersonales ab und versucht, nach Einstellung des passiven Widerstandes die Stellung der französisch-belgischen Eisenbahnregie zu konsolidieren, die keine Existenzberechtigung hat und nur noch dem Zwecke der politischen Abschürfung sowie der Schaffung eines selbständigen Rhein-Ruhr-Eisennetzes unter ausschlaggebendem französischem Einfluß dient. Wenn die Eisenbahnregie jetzt erklärt, nur einen bestimmten Prozentsatz des deutschen Personals wieder einzustellen, befindet sie sich entweder im Irrtum über die Ansprüche des Rheinisch-Westfälischen Verkehrslebens, oder hat überhaupt keine Absicht, den Verkehr im alten Umfang wieder aufzunehmen. Frankreich ist daher verantwortlich, daß die Herstellung normaler Verkehrsverhältnisse am Rhein und an der Ruhr, die nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern aller an den deutschen Reparationen interessierten Länder ist, seither gescheitert ist.

Dresden, 15. Oktober. Die Regierung teilt zum Verbot der proletarischen Hundertschaften mit, daß sie die Rechtsgültigkeit der Verordnung anerkennen müsse, weil der Abgeordnete Meyer erst heute Montag zum Zivilkommissar für Sachsen ernannt worden sei und die Verordnung nicht bedürft hätte. Die Regierung werde über ihre Bedenken gegen das Verbot in Berlin ernstlich zum Ausdruck bringen.

Dresden, 14. Oktober. Die sächsische Regierung hat dem Wehrkreislandmandanten gegenüber

Ein hilfloser zehnjähriger Junge und ein hilfloser Greis werden vom Schicksal in eine ärmliche Kammer zusammengeführt. Ein Eisenbahnzug faht über eine Kurve durch ein Schneefeld. Eine alte, arm gewordene Schauspielerin erwartet vor einem Gefängnis ihren Geliebten, einen armen Jungen, der um ihre Willen gemordet hat. Er geht an ihr vorbei und erkennt sie nicht, weil er nur das Bild der reichen Schönen im Gedächtnis hat. Eine Mutter schleicht sich nachts an das Bett ihres Jungen, den sie nie wiedersehen soll. Vier Polizisten treten an einen Spielstisch, um einen Akteuren und Scherzverbrecher zu verhaften. Der Akteur streckt einem kleinen Polizisten die Hände entgegen, um sich fesseln zu lassen, packt aber den Polizisten und wirft ihn zum Fenster hinaus.

In allen diesen Bildern werden Dinge an sich dargestellt. Und sie üben ihre große Gewalt aus. Das rührende Bild der Hilflosigkeit, das ergreifende der Mutterliebe, das harie Schicksal, das um ein Gefängnis wütet, die machtvolle Blicklichkeit der Maschinenkraft, der Humor und die Spannung in den Gegensätzen zwischen Kraft und Schwäche — das alles sind Lebensstatistiken, die gebunden an ein klares und großes Bild auf jeden Menschen wirken. Die Szene vor dem Gefängnis zwischen der gealterten Künstlerin und dem jungen Arbeiter, der unbelümmert und naiv an der wandelnden Gestalt vorübergeht, mag innerhalb des Filmdramas unwahr oder kitschig sein. Aber in einem solchen Einzelbild haben die Dinge ihre eigene Wahrheit und ihre eigene Wirkung, als ob sie ein selbständiges Eigenleben hätten. Das, was man sieht, ist immer wahrer als das, was man hört, und daher hat der Film die Kraft, wenigstens in einer Einzelszene zu erschüttern, auch wenn sie ein Teil eines unmöglichen Ganzen ist.

Verfassen muß der Film dagegen immer, wenn er nicht Gefühle und Tatsachen an sich darstellt, sondern sie mit unwahren, mit unwirklichen Kombinationen zu vertiefen sucht. J. V. in dem Film „Tragödie der Liebe“, der jetzt in Berlin abrollt, verhaslet ein Detektiv einen ge-

fährlichen und starken Verbrecher. Er tut dies sehr geschickt und das Bild ist gut. Aber nun kommt der Film-Dichter, den Gott in seiner Wut geschaffen hat und „verleitet“ die Situation. Die Verhaftung genügt nicht, es genügt auch nicht, daß der Verbrecher sich willig verhaften läßt und auf seine Kraft verzichtet, weil ihn seine Geliebte verraten hat und er nun nichts mehr fürchtet. Nein, auch der Detektiv muß ausgerechnet in diesem Augenblick daran denken, daß auch er eine Frau liebt und nichts mehr vom Leben hofft, wenn er sie nicht bekommt. Er blickt sentimental zur Seite, steckt den Revolver in die Tasche und liefert sich vollkommen dem Verbrecher aus. Ja, er geht sogar auf einer langen und gefährlichen Treppe noch voraus, obwohl wir von diesem Film her wissen, daß die Spezialität dieses Verbrechers darin besteht, auf solchen Treppen zu schießen oder seinen Feind über das Geländer zu werfen. Die Szene ist also einfach hinterverbraut idiotisch und es entspricht nur dem naiven Gefühl des Zuschauers nach einer solchen Szene, den Filmdichter sofort hinrichten zu lassen. An solcher Art der „Vertiefung“ und der sentimentalischen Verknüpfungen ist der deutsche Film überreich. Und es gibt kaum ein Werk des deutschen Gesellschaftsfilms, das nicht durch solche Versuche, psychologisch kompliziert zu sein, sich selbst ruinieren würde. Man vergleiche dagegen gute schwedische, amerikanische, französische, russische Filme. Sie sind natürlich nicht immer musterhaft, vielleicht mit Ausnahme der schwedischen, die es schlechthin sind. Aber solange die deutsche Filmherstellung von Elementen beherrscht wird, die nur deswegen beim Film Erfolg haben, weil sie fürs Theater zu minderwertig sind, ist an eine Besserung nicht zu denken. Das zeigt die „Flamme“, in der Lubitsch nach Hans Müller ein kleines Liebesdrama mit Pola Negri inszeniert hat, die recht alt geworden und einfach katastrophal ist, wenn sie Gefühle eines liebenden Herzens wiedergeben soll. Das zeigt sich in der Tragödie der Liebe, die durch einen so elenden Theatremacher wie Leo Bierinski gangen verpfuscht worden ist, in einem Film

„Fräulein Raffle“, der angeblich nach einer Idee von Hans Sturm ist, in Wirklichkeit ein recht albernes Plagiat nach Mirbeaus „Gefühl ist Geschäft“. Der amerikanische Film hat gegen den großen Vorzug, daß er sich sehr schnell vom dramatischen Theater losgelöst hat und aus der Welt des Zirkus und der Varietees, also einer ihm verwandten, in der auch die Bewegung alles und das Wort nichts ist, viele Anregungen geholt hat.

Daß die Bewegung beim Film alles ist, ist ja nun schon einigermaßen bekannt. Das haben auch unsere Filmschauspieler erkannt, aber sie sind noch nicht dahinter gekommen, daß die Kunst der Bewegung organisiert, künstlerisch gestaltet werden muß. Bei Chaplin ist die Folge seiner Bewegungen ebenso beherrscht und durchdacht wie es in einem Kunstwerk der Worte, der Töne, der Farben der Fall ist. Auch in Deutschland haben wir ein großes und echtes Filmtalent in Werner Krauß. Es geht von ihm oft eine wahre Tönung aus und selbst ein so elender Film wie „Fräulein Raffle“ wird sehenswert durch die Szene, in der er bei einem Kaffeestand wild und orgiastisch mit sanatischer Zerknirschtheit Leierkasten dreht. Das ist in der Bewegung hervorstechend. Aber Krauß ist noch nicht darauf ausgegangen, seine Bewegungen zu einem systematischen Ganzen zu vereinigen, die eine durch die andere zu steigern, vorzubereiten, zu entwickeln, worin Chaplins eigentliches künstlerisches Genie besteht, abgesehen von seiner Produktion humoristischer Einfälle, durch die er ein Molliere des Filmes ist.

Man kann allerdings im Film nicht nur durch die Bewegung, sondern auch durch das Sein eine starke Wirkung ausüben. Das Sein: das ist primitiv aufgedrückt, das, was man das Filmgesicht nennt und das im weitesten Sinn sowohl die wirkungsvolle breite Ausmalung einer Szene allein durch den Körper umfaßt, als auch die dauernde Suggestion, die von gewissen Erscheinungen ausströmt. Große Talente dieser Art

Willerands Sonntagspredigt.

Der alte Refrain: Deutschland muß zahlen, zahlen, zahlen — auch wenn es nicht kann.

Paris, 14. Oktober. (Havak.) Willerand hielt Sonntag in Lourdes eine Rede, in der er ausführte: Wir haben den Sieg davongetragen und müssen auch den Frieden erreichen. Aber wir werden nie zulassen, zu vergessen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn der Friede bisher nicht erreicht ist.

Die Kriege des Faschismus.

Rom, 14. Oktober. Dem „Corriere della Sera“ zufolge erklärte Ministerpräsident Mussolini Freitag abends im Großen Faschistischen Räte bezüglich der inneren Lage, er werde von der Wirtlichkeit des Faschismus, falls derselbe keine Aktionsinstruktionen unterliegen werde, keine Gebrauch machen, würde aber genötigt sein, sich an andere Kräfte zu wenden, wenn der Faschismus für ihn ein Hindernis bilden würde.

Der Große faschistische Rat hat am Freitag auch die Ausschließung des Führers der Revisionisten, Rocco, aus der Partei annulliert, ihm jedoch wegen der Uebertreibung seiner Polemik für drei Monate die Parteifunktionen entzogen.

„Sanierung“ à la Seipel.

Wien, 15. Oktober. (N.B.) Amtlich wird mitgeteilt, daß die Kosten der Lebenshaltung sich in der Zeit vom 14. September bis 14. Oktober um 2 Prozent erhöht haben.

sind von Amerikanern das kleine Wunderkind Jackie Coogan, von den Deutschen Emil Jannings. Der amerikanische Wunderknabe ist seit seinem Ausfahren in Berlin ein Liebling des Publikums aller Schichten geworden. Daß wir ihn so spät kennen lernten, hängt mit den Umständen kapitalistischer Filmkonzerne zusammen. Gewisse Produktionen werden aus Furcht vor Entwertung der eigenen ausgeschliffen. Da kamen denn andere Kapitalisten, die Herren Meinhard u. Bernauer, auf den vernünftigen Gedanken, ein eigenes Filmstudio zu schaffen, das von den gekennzeichneten kapitalistischen Einflüssen frei ist, aber kapitalistischer Art genug, die gute Produktion, die die einen fernhalten, zu bieten.

Man sieht: soviel Nieten aus dem Losrad des Kinos herausfallen, irgend ein Reiz ist auch dem kleinsten Treffer abzugewinnen. Und Reiz, Auffrischung, Erlösung aus dem Elend des Tages ist es ja schließlich allein, was Hunderte Millionen jeden Abend vor dem schwarz-weißen Bilderspiel suchen. Insofern darf man wohl sagen, daß der Film schon heute einen großen Teil seiner Aufgaben bewundernswert erfüllt.

Einladung.

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik beruft für die Zeit vom

16. bis 18. Dezember 1923

Parteitag

ein. Die Beratungen beginnen am Sonntag, den 16. Dezember um 9 Uhr vormittags und finden in Klauka a. G., Volkshaus, statt.

Als provisorische Tagesordnung wird in Vorschlag gebracht:

- 1. Konstituierung des Parteitages: a) Wahl des Präsidiums; b) Festsetzung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung; c) Wahl einer Mandatsprüfungskommission und einer Vorschlagskommission für die Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungskörperschaften. 2. Berichte: a) des Parteivorstandes; b) des Kassiers; c) der Kontrolle. 3. Die parlamentarische Tätigkeit und unsere politischen Aufgaben. 4. Die Wirtschaftskrise und die Wirtschaftspolitik in der Tschechoslowakei. 5. Klassenkampf und Massenschulung. 6. Wahl des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und der Beratungskörperschaften. 7. Allgemeine Anträge.

Zur Teilnahme am Parteitag sind nach § 23 des Organisationsstatutes berechtigt:

- 1. Je drei Delegierte jeder Bezirksorganisation; Bezirksorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat mehr als dreitausend Stück beträgt, haben das Recht, für jedes weitere Tausend einen Delegierten zu entsenden. 2. Je drei Delegierte jeder Kreisorganisation; das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt. 3. Die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrolle und die Sekretäre des Parteivorstandes. 4. Vier Delegierte des Klubs der Abgeordneten und zwei Delegierte des Klubs der Senatoren der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 5. Zwei Delegierte des Reichskomitees der weiblichen Parteimitglieder. 6. Zwei Delegierte des Sozialistischen Jugendverbandes. 7. Je ein Delegierter der von einem Parteitag eingesezten Körperschaft. 8. Je ein Delegierter der Redaktionen der vom Parteitag anerkannten Parteiblätter. 9. Zwei Delegierte der Zentralgewerkschaftskommission. 10. Je ein Delegierter der der Zentralgewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter. 11. Zwei Delegierte des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften. 12. Ein Delegierter des Zentralorganes des Verbandes der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften. 13. Die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Zugelassen sind nur solche Delegierte der in den Punkten 9 bis 12 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind.

Die Vertreter der in den Punkten 8, 10 und 12 genannten Blätter sowie die in dem Punkte 13 Genannten haben bloß beratende Stimme.

Jene Abgeordneten und Senatoren, die nicht Delegierte des Parteitages sind, haben die Pflicht, am Parteitag mit beratender Stimme teilzunehmen.

Die Einberufer:

Burok Gusti, Karlsbad; Czernak Karl, Prag; Dr. Czech Ludwig, Brünn; Dr. Heller Karl, Teplitz-Schönau; Hillebrand Oswald, Karlsbad; Hofbauer Josef, Teplitz-Schönau; Jaskš Wenzel, Komotau; Joll Hans, Troppau; Köpfer Franz, Bodenbach; Kremler Heinrich, Teplitz-Schönau; Meißner Wilhelm, Brünn; Berthen Anna, Bodenbach; Wloschek Et., Dux; Pohl Adolf, Falkenau; Bösl Leopold, Aussig; Reichelt Karl, Böhm.-Leipa; Reispner Adolf, Bodenbach; Schäfer Else, Reichenberg; Schloßnick Hieronymus, Sternberg; Ullmann Johann, Neuhammer.

Inland.

Das deutsche Bürgertum in bürgerlichem Spiegel.

Vergleichbar Alarm.

Das „Montagsblatt“ beschäftigt sich in einem Artikel „Ein Alarmzeichen“ und in einem Heftleton mit dem Skandal, daß die Stadtgemeinde Reichenberg ihr Theater fallen läßt, lieber auf die deutsche Bühne überhaupt verzichtet, als daß sie dem Direktor eine Subvention bewilligt. Nicht einmal für Licht und Beheizung will diese famose Gemeinde Sorge tragen.

Nichts wäre einfacher, als anzunehmen, daß die Tschechen dem Deutschtum nicht sehr genau die Finger zeigen; daß sie nicht sehr genau hindurchsehen, was in dem deutschen Lager, das sich auf seine alte und hohe Kultur nicht wenig zugute hält, vorgeht; daß sie nicht alle Wahrnehmungen, die sie machen, genau verbuchen und strenge Diagramme zeichnen, wie ihre und wie die deutsche Kulturlinie in diesem Staate verläuft.

Das, was sich eben in Reichenberg so drastisch und für Wohlwäter geradezu herausfordernd abspielt, wiederholt sich Tag für Tag in tausend Variationen. Um nur das in die Augen scharfste hervorzuheben: Man sehe sich doch einmal die Sammlungen an, die zur Linderung des Elends und der mörderischen Not der armen deutschen Kinder veranstaltet werden: Wo bleiben sie, die Herren Fabrikanten, die Herren Großhändler, die Landwirte, die Rechtsanwältler, wo bleiben sie alle, die großen deutschböhmisches Herren, deren Namen man von rechts wegen jeden Monat in den Listen begegnen müßte? Versuchen Sie es doch, fördern Sie einmal die Listen durch, lieber Freund, und zeigen Sie mir diese Herrschaften, deren verdammte Pflicht und Schuldigkeit es wäre, mit gutem Beispiel voranzugehen: Ich habe sie bisher vergebens gesucht! Kunst, Wissenschaft? Unsere jungen deutschen Künstler wissen ein Lied davon zu singen, was es heißt, in Deutschböhmen ein Bild oder gar eine kleine Statue anzubringen! Und so mancher deutsche Gelehrte — ihre Namen tun hier nichts zur Sache — könnte Stunden davon erzählen, was es heißt, in Deutschböhmen einen Vortrag zustande zu bringen, wenn nicht der Gratis- oder Kolportageeintritt vorher verbürgt ist.

Man kann annehmen, daß die Journalisten des „Montagsblattes“, die mit solcher Schärfe das „Deutschtum“ jussifizieren, zu dessen besserem Teile gehören. Aber die Herren irren, wenn sie glauben, das „Deutschtum“ in der Tschechoslowakei mit den „Fabrikanten“ und „Großhändlern“ identifizieren zu können; sie irren weiter, wenn sie vermehren, daß Egoismus, Mangel an Opferwilligkeit und Schmutz nur diese Herrschaft in der Tschechoslowakei auszeichnen und sie irren schließlich auch darin, wenn sie hoffen, daß irgendwelche „Alarmzeichen“ an diesen Zuständen etwas zu ändern vermögen. Nicht das „Deutschtum“ in der Tschechoslowakei ist der Schuldige an dem Skandal, den das bürgerliche „Montagsblatt“ aburteilt, sondern das deutsche Bürgertum, dessen Vertreter die erdrückende Mehrheit im Reichenberger Stadtparlament bilden. In einer von Proletariern, von Sozialisten verwalteten Stadt wäre eine solche Kulturschande, wie sie die Liebhaber von Reichenberg bieten, unmöglich. Und was die deutsche Bourgeoisie in der nordböhmisches Metropole treibt, ist nur ein Pendant zu dem riesengroßen schamlosen Verrat des deutschen Volkes, dessen sich das Bürgertum Deutschlands, von Sinnes und Hakenkreuzlern geführt, schuldig macht. Und weder hier noch dort vermögen „Alarmzeichen“, von Journalisten gegeben, die sich wohl der Klasse zuweilen schämen mögen, in deren Diensten sie stehen, irgendetwas zu ändern. Dieser „grenzenlose Egoismus“ wohnt der Bourgeoisie, wohnt dem kapitalistischen System und seinen Vertretern und Ruinieren unverrückbar inne, Schmutz und Egoismus sind ein Wesensbestandteil dieser Bourgeoisie. Die „nationale Prose“, die das „Montagsblatt“ so scharf beleuchtet, vermag eben auch den anständigen Teil des Bürgertums nicht immer zu täuschen. In einem aber scheint uns das „Montagsblatt“ unbewußt das Rechte getroffen zu haben, dort nämlich, wo es zwischen dem tschechischen und dem deutschen Bürgertum einen Vergleich zieht, der zu Ungunsten des letzteren ausfällt. Für uns Sozialisten sind zwar Ziele und Methoden der Bourgeoisie aller Nationen gleich verwerflich und verwerflicher und der tschechische Kapitalismus ist nicht um ein Haar besser als der deutsche. Wichtig aber ist, daß sich niemals eine Bourgeoisie schamloser prostituierte, als dies die deutsche, Zeit ihrer Herrschaft tat. Der Fall Reichenberg beweist, daß sie sich nicht um ein Jota geändert hat.

Aus der Naturgeschichte der „Sudetendeutschen Tageszeitung“. Nationalsozialisten und Deutschnationalisten führen seit Jahr und Tag unter der gemeinsamen Hakenkreuzflagge heftige Kämpfe miteinander, die den Vorteil hat, daß man so mancherlei Arealitäten aus dem nationalsozialistischen Lager erfährt, die sonst Privatstimmungen geblieben wären. Eine solche liebliche Angelegenheit ist auch die Entstehung der „Sudetendeutschen Tageszeitung“. Der nationalsozialistische Duxer „Tag“ erzählt nämlich, daß die Gründung der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ eine Folge des „Kampfes“ der „böhmischen“ Studenten gegen Rektor Steinberg war. Damals lehrte sich nur der „Tag“ und keine Partei für die Forderungen der akademischen Hakenkreuzler ein, jedoch diese später die Gründung eines Hakenkreuzlichen, aber überparteilichen Blattes in Prag verlangten und betrieben. Aber, schreibt nun der „Tag“: „Für Idealismus wurde mißbraucht und ihnen eingeredet, die erste Stufe zu einem überparteilichen Blatte aller Sudetendeutschen“ sei ein Kopfblatt des in Teschen erscheinenden Parteiblattes der Nationalpartei, des „Nordböhmisches Tagblattes“. So entstand die „Sudetendeutsche Tageszeitung“. Sie wird in Teschen gedruckt und hat dort auch ihre Schriftleitung und Verwaltung. Die Cologische, die ihr beiliegen, tragen den Ausdruck „Nordböhmisches Tagblatt.“ — Kurz und gut, sie ist ein echtes und weites Kopfblatt. Freilich erklärte sie, über den Parteien zu stehen, was wir allerdings von allem Anfang an bezweifelten. Als nun die Gemeindevahlen heranrückten, hatte das Blatt seine Gründungsgeschichte bereits vergessen und entpuppte sich als ausgesprochenes Blatt der Nationalpartei. Wir haben gegen die Gründung von Parteiblättern gewiß nichts einzuwenden, aber selbstverständlich ohne Mißbrauch einer neutralen Flagge.

Es ist schon an sich fraglich, daß diese „Sudetendeutsche Tageszeitung“ dem „politischen“ Tätigkeitsbedarf, d. h. der antisemitischen Spielerei einiger zwanzigjähriger, unreifer Studenten sein Dasein verdankt, so ist es um so unklarer, zu sehen, wie sich da zwei Parteien um den (natürlich „ideellen“) Besitz dieses Blattes streiten. Die Nationalsozialisten lesen ihren Brüdern vom Hakenkreuz, den Deutschnationalen die Leviten, weil aus dem „überparteilichen“ Blatte das Kopfblatt einer deutschnationalen Zeitung wurde. Und nun kämpft dieses deutschnationalistische Kopfblatt — aus dem natürlich nichts Rechtes werden konnte, da seine Väter politisch die Pubertät noch lange nicht erreicht hatten — auf die Partei des Herrn Knirsch, trotz der „nationalsozialistischen Geburtshilfe“! Diese Geburtshilfe und überhaupt der ganze Akt dieser Geburt, scheint etwas dunkel zu sein!

Für die Wiederaufrichtung des Deutschen parlamentarischen Verbandes sei sich der landesherrliche Abgeordnete Josef Mayer in einem Artikel in der „Deutschen Landpost“ mit aller Energie ein. „Nach der mutwilligen Zertrümmerung des deutschen parlamentarischen Verbandes muß“, so schreibt er, „mit fester Hand der Versuch unternommen werden, einen solchen Zusammenschluß der deutschen Parteien“ wieder zu erreichen. Und diese „feste Hand“ besitze, als stärkste deutschbürgerliche Partei, nur der „Bund der Landwirte“, dem „nichts anderes übrig bleibt, als die Führung in die Hand zu nehmen“. Und zur Zusammenarbeit seien alle „bürgerlichen Gruppen einschließlich der nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ verpflichtet. Das deutsche Bürgertum weiß eben diese „Arbeiterpartei“ richtig einzuschätzen und hält es für selbstverständlich, daß diese die Einheitsfront, die sie mit den anderen Parteien des deutschen Bürgertums im Wahlkampf gegen die deutsche Sozialdemokratie bildete, im Parlament gleichfalls zuzugewinnen wird. Man kann neugierig sein, wie sich die sudetendeutschen Nationalsozialisten zu dieser Aufforderung stellen werden. Einerseits sind sie, die in Deutschland die Rechtsdiktatur fordern, hierzulande brave „Demokraten“ und möchten also die alte Verbandspolitik selbstverständlich wieder mitmachen; andererseits aber haben sie die sogenannten aktivistischen Parteien im letzten Jahre so beschimpft und deren Politik so „brandmarkt“, daß es ihnen ein wenig schwer fallen wird eine plausible Begründung für ein neuerliches Zusammengehen mit den Reichsgesinnungen zu finden. Aber das nationale Mäntelchen wird schließlich auch diese Vögel der Hakenkreuzler und der „Aktivisten“ bedecken.

Dr. Aramaf über das Budget. Ueber das Budget schreibt im sonnigen Leitartikel der „Moravni Listy“ Karl Aramaf. Er sagt: Das heutige Budget, das das Ergebnis einer mehrmonatigen Arbeit ist, bedeutet wieder eine große Charge auf dem Wege zur Konsolidierung unserer staatlichen Wirtschaft im Sinne des von Dr. Raab vertretenen Grundgedankes. Obgleich die Koalition mit diesem Erfolge zufrieden sein kann, dürfen wir uns nicht verheißeln, daß wir noch weit von den normalen Budgetverhältnissen entfernt sind. Uns fehlt noch immer eine feste Grundlage, ein normales Budget, das auf die Personals- und sachlichen Ausgaben, was Sparen anbelangt, mehr Rücksicht nimmt. Ein solches Budget zusammenzustellen ist eigentlich die Aufgabe der parlamentarischen Exekution, die jedoch infolge der bekannten Verhältnisse nicht das erfüllen konnte, was man von ihr erwartet hat. Deshalb muß die Koalition diese Aufgabe übernehmen. In den Hauptunterschieden handelt es sich vor allem darum, die Personalausgaben der staatlichen Verwaltung zu stabilisieren. Das geht nur durch Ausarbeitung eines Verzeichnisses

aller Beamten und Angestellten der ganzen Staatsverwaltung. Die Regierung geht zwar in der letzten Zeit sehr rigoros bei der Aufnahme von neuen Staatsangestellten vor, aber das genügt nicht; es muß die unübersteigbare Grenze der Angestelltenzahl in jeder staatlichen Behörde festgesetzt werden. Eine zweite nicht minder wichtige Frage ist die Revision der sachlichen Ausgaben, weil nicht der geringste Zweifel darüber herrscht, daß in dieser Hinsicht sehr unrationell vorgegangen wurde. Schließlich muß mit Hilfe von unparteiischen Sachmännern die Bewirtschaftung der staatlichen Unternehmungen überprüft werden. Es gibt für die Sicherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse keinen anderen Weg als den, den Dr. Kramak gepredigt hat: „Arbeiten und sparen“. — Dr. Kramak tritt also wieder einmal für eine Sparweise ein; wie sich der Führer der tschechischen Nationaldemokraten, das Sparen vorstellt, ist bekannt: es steht wohl der Artikel Kramaks im Zusammenhang mit den in Prag verbreiteten und auch von einem tschechischen Blatt verbreiteten Gerüchten, das von der Entlassung von 30.000 Eisenbahnangestellten im Laufe des kommenden Budgetjahres wissen will.

Das ungarische Regierungsblatt eingegangen. Am Samstag-Nachmittag erschien die letzte Nummer des in Kaschau in ungarischer Sprache erscheinenden Regierungsblattes „Magyar Hirlap“. Der Grund für die Einstellung des Blattes besteht darin, daß die ungarische Bevölkerung für die das Blatt geschriebenen wurde, es überhaupt nicht las. In seinen zwei Jahren des Erscheinens des Blattes widmete ihm der Presseauschuß des Ministerpräsidenten nicht weniger als ein einviertel Millionen Kronen. Nach einigen vergeblichen Rettungsversuchen ist es nun zur Einstellung des Blattes gekommen. Die Regierung will aber den wahren Grund der Einstellung nicht zugeben und erklärt deshalb in einem Abschiedsartikel an die Leser des Blattes, daß die Sendung der Zeitung, welche ihr Ziel, nämlich gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn zu schaffen, erreicht hat, nunmehr beendet sei.

Die Budgetberatungen. Das Budget wird vom Ministerrat noch diese Woche genehmigt werden. Der Finanzminister Becka weist in Karlsbad beim Ministerpräsidenten Svehla um ihm Bericht über das Budget für das Jahr 1924 zu erstatten. Aus Karlsbad wird der Minister wahrscheinlich am Mittwoch nach Prag zurückkehren und gleich hierauf wird ein Ministerrat stattfinden, der die definitive Entscheidung zu fällen haben wird.

Zweite konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung von Groß-Prag. Die Gemeindevertretung von Groß-Prags hielt gestern eine Sitzung ab, in der die Vereidigung Dr. Pazas stattfand. Dr. Pazas hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er versprach, insbesondere der Sozial-, Gesundheits-, Humanitäts- und Verkehrspolitik Aufmerksamkeit zu widmen. Es erfolgte sodann die Wahl der drei Bürgermeisterstellvertreter. Zum ersten Vizebürgermeister wurde der tschechische Nationaldemokrat Doktor Banzel, zum zweiten der Kommunist Skala und zum dritten der Gewerkschaftler Pátröš gewählt.

Ausland.

Das sozialdemokratisch-kommunistische Regierungsprogramm in Thüringen.

Die Verhandlungen zwischen der S. S. P. D. und der K. P. D. über die Bildung der Thüringer Regierung sind soweit gediehen, daß nur noch die Verteilung der Ministerien vorzunehmen ist. Die Verhandlungskommissionen der S. S. P. D. und der K. P. D. haben sich auf folgendes Programm für die Tätigkeit der neuen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung geeinigt:

1. Das Land Thüringen als ein Gliedstaat der deutschen Republik, an deren Einheit unter allen Umständen festzuhalten ist, hat durch seine Regierung im Rahmen der verfassungsmäßigen Möglichkeiten eine Politik zu treiben und im Reich auf eine Politik hinzustreben, die den Interessen der arbeitenden Bevölkerung dient. Grundlage der proletarischen Politik muß die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und der entschiedene Kampf gegen den Faschismus, die Revanchepolitik der Reaktion und die verfassungswidrige Militärdiktatur sein.

2. Die gegenwärtige politische Situation wird durch einen Vorstoß der Reaktion beherrscht, der bereits in Bayern zur Aufrichtung einer reaktionären monarchistischen Diktatur geführt hat. Dieses brutale Gewaltregime, Belagerungszustand und Militärdiktatur im Reich, nach Angabe der Reichsregierung gegen die Diktatur in Bayern durchgeführt, richtet sich ausschließlich gegen das werktätige Volk. Aufgabe der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung Thüringen ist die enge Verbindung mit der sächsischen sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung, die Maßnahmen der beiden Parteien zur Abwehr der Reaktion und der Militärdiktatur zu unterstützen.

3. Es ist notwendig, das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Wirtschaft der Gesamtwirtschaft wieder einzugliedern. Um das zu erreichen, ist unter Aufrechterhaltung der Existenzmöglichkeit des deutschen Volkes und der nationalen Einheit die Liquidierung des Ruhrkampfes durch erträgliche Reparationen auf Kosten der bestehenden Klasse durchzuführen. Der erste

und ausschlaggebende Schritt hierfür ist die Erfassung der Sachwerte durch das Reich. Weiter ist die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster notwendig. Die gesamte Produktion im Reich, vor allem die Synthetische, Textil- und Holzindustrie, sind unter staatliche Kontrolle zu stellen. Zu diesem Zwecke ist der Ausbau des Betriebsratsgesetzes zu erstreben. Solange die Sachwertfassung durch das Reich nicht durchgeführt ist, ist die Verschärfung der Besteuerungen und die Aufhebung aller den Massenverbrauch und die kleinen Einkommen belastenden Steuern durchzuführen.

4. Gegen alle Pläne, gestützt auf Bayern und die Militärdiktatur, den Ruhrkonflikt auf Kosten des werktätigen Volkes zu liquidieren, ist der schärfste Kampf zu führen. Jeder Anschlag auf den Achtstundentag und die sozialen Rechte der werktätigen Massen, Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, der Demobilisierungsverordnungen wird von der Thüringer Regierung gemeinsam mit dem gesamten Proletariat abgelehrt werden.

5. Beide Parteien verpflichten sich, die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens mit allen Kräften zu kräftigen und zu erhalten. Entgegen dem Bestreben der Reaktion, verfassungswidrig eine Rechtsdiktatur im Reich zu schaffen, muß die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens alle Kräfte unterstützen, die in Thüringen die Bildung einer Arbeiterregierung für das Reich zu verwirklichen suchen.

6. Beide Parteien verpflichten sich, zum Schutze der Verfassung republikanische Arbeiter-Rotwehren zu schaffen, bzw. auszubauen. In den Bezirken und in den Unterbezirken sind sofort gemeinsame Leitungen der republikanischen Rotwehren zu bilden. Die republikanischen Rotwehren sind der gemeinsamen Regierung im Falle der Gefahr zur Verfügung zu stellen.

7. Die gesamten polizeilichen Organe innerhalb des Landes sind zu verstaatlichen und unter die Leitung zuverlässig republikanischer Beamten zu stellen.

8. Erlässe und Verordnungen zum Schutze der Republik, Bekämpfung der nationalistischen Geheimorganisationen unter Zuhilfenahme der staatlichen Exekutivorgane.

9. Behördliche Anerkennung der auf Vorschlag der Gewerkschaften, Kleinhandlungsorganisationen und Bauernorganisationen nach dem sächsischen Muster zu bildenden Kontrollausschüsse in den Kreisen und allen größeren Gemeinden. Die Kreis- und Gemeindebehörden haben die Lebensmittelversorgung und -verteilung zu regeln und den Kampf gegen den Hunger in Verbindung mit den Kontrollausschüssen zu führen.

10. Zur Sicherung der Ernährung und zur Beseitigung des Hunger- und Erwerbsloseneids sind sofort Schritte einzuleiten. Zur schnellen Erleichterung der bestehenden Schwierigkeiten soll der Staat Bürgschaft für die Finanzierung der Ernährungswirtschaft übernehmen, Reichs- und Staatsbank die hierzu notwendigen Kredite bereitzustellen oder vermitteln. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer zur vollen Aufrechterhaltung ihrer Betriebe anzuhalten. U. a. sind von Unternehmungen, deren finanzieller Stand unter Einziehung der Betriebskräfte sorgfältig zu prüfen ist, wertbeständige Kredite gegen Verpfändung von Sachwerten zu geben. Verstärkte Ausführung aller öffentlichen Arbeiten unter Einziehung der produktiven Erwerbslosen fürsorge.

11. Die Schulreform ist im Sinne der Einheitschule fortzuführen und die Berufsschulen sind auszubauen.

12. Niederlegung von Verboten aus politischen Anlässen, zum Schutze der Republik unter Herstellung verfassungsmäßiger Zustände, weitgehende Ausübung des Begnadigungsrechtes für Rodelikte und Verstöße gegen die §§ 218—220 des Reichsstrafgesetzbuches.

13. Engste Zusammenarbeiten der Regierung, der Arbeiterorganisationen, der Kampforganisationen der Arbeiter aller Länder mit Arbeitern bei gemeinsamen Angelegenheiten zum Schutze der Republik, insbesondere im Kampf gegen die Reaktion und die Militärdiktatur.

14. Zweck wirtsch. Durchführung vorstehender Maßnahmen wird ein Außerparlamentarischer Ausschuss gebildet aus je drei Vertretern der beiden Parteien, je zwei von den beiden Parteien zu bestimmenden Vertretern aus den Industriebetrieben und je einem Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Angestelltenbundes und des Deutschen Beamtenbundes.

15. Die Landtagsfraktionen der SPD. und KPD. bilden einen parlamentarischen Arbeitsausschuß. Diesem Ausschuss werden in Verbindung mit dem Landesausschuß alle Entwürfe vor ihrer Einbringung im Parlament vorgelegt. Anfragen und Interpellationen sind dem parlamentarischen Ausschuss ebenfalls vor ihrer Einbringung vorzulegen.

16. Der parlamentarische Arbeitsausschuß stellt für jeden Tagungsabschnitt einen gemeinsamen Arbeitsplan für die Fraktionen auf. Periodisch finden gemeinsame Fraktionsitzungen statt.

Der Thüringische Landtag tritt am Dienstag, den 16. Oktober zusammen.

Das Programm des bayerischen Diktators.

Aus München wird berichtet: An amtlicher bayerischer Stelle wird versichert, daß Herr von Kahr seine Macht als Generalstaatskommissar

in nächster Zeit hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet zur Geltung bringen will. Er ist sich dabei offenbar bewußt geworden, daß Erfolge in dieser Richtung unendlich viel schwerer zu erreichen sein werden, als seine bisherigen Errungenschaften auf politischem Gebiet, auch wenn man ihm zugestehen muß, daß sein Erfolg gegen Hitler, herbeigeführt durch die Spaltung des „Kampfbundes“, gewiß keine leichte Sache war. In einer offiziellen Verlautbarung des Generalstaatskommissariats steht zwischen den Zeilen geschrieben, daß Herr von Kahr seine Regimentschaft auf lange Zeit eingerichtet hat, da er sich bewußt ist, seine Aufgabe nicht in wenigen Monaten erfüllen zu können. Das geht auch aus einer soeben erlassenen Rundgebung der Vaterländischen Verbände hervor, die Herr von Kahr im eigentlichen Sinne des Wortes auf den Schild erhoben haben und die als die Nebenregierung in Bayern sehr wohl über die Absichten und Ziele des Kahr-Kurses unterrichtet sind. In dieser Rundgebung sieht man daher mit Interesse, daß die Vaterländischen sich deswegen hinter Kahr gestellt haben, weil er programmäßig ein Rechtsregiment und gegen links gerichtete nationale Diktatur ausgerichtet habe. Offen ausgeprochen wird dann, daß das letzte Ziel dieser Diktatur sein muß: die Abkündigung des Generalstaatskommissars vom Ministerrat, d. h. von der verfassungsmäßigen Regierung zu befeitigen. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist und zwar durch die „positive Mitarbeit der Vaterländischen Verbände“, ist die Diktatur eine vollständige. Wie dieses Programm gelöst werden soll, ist heute noch nicht klar zu erkennen. Da aber die Vaterländischen heute wieder erneut und in aller Form den Rücktritt der Minister Schweyer und Wulhofer und „Anstellungskandidaten“ fordern, so ist kaum zweifelhaft, wodurch dann das Ministerium vollbracht werden soll. Vorauszusetzen ist auch, daß es nach dem Zusammentritt des bayerischen Landtages Ende dieses Monats zu erheblichen Zusammenstößen zwischen Parlament, Staatsregierung und Generalstaatskommissar kommen wird. Das wäre dann die von der bayerischen Reaktion schon längst ersehnte Gelegenheit zu einem Generalangriff auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Volksvertretung. „Vaterländisch“ nennt man heute schon „Umgestaltung des Parlamentarismus in seiner jetzigen Form“. Wenn auf diese Weise dann die Regimentschaft Kahr und der Vaterländischen Verbände einigermaßen verankert ist, werden die weitergehenden nationalen Ziele von Bayern aus in Angriff genommen: Gesunderung des übrigen deutschen Volkes. Dazu ist in erster Linie notwendig „die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und zwar in einem Tempo, das uns gewappnet sieht, nicht nur gegen den äußersten Bedrücker, sondern auch gegen den im Norden unseres deutschen Vaterlandes drückenden „inneren Feind“. Es ist wohl am Platze, daß man in ganz Deutschland dieses bayerische Programm mit Aufmerksamkeit verfolgt, nachdem die Abwicklung des ersten Teiles dieses Programmes in Bayern zurzeit in sogenannten gesetzmäßigen Bahnen durchgeführt wird.

Deutscher Wohnungsfürsorgetag.

Am 13. und 14. d. M. fand in Komotau der erste deutsche Wohnungsfürsorgetag statt, welcher von der deutschen Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge in der Tschechoslowakischen Republik veranstaltet worden ist. Der Vorkynde, Abgeordnete Schäpky, leitete und begrüßte die Tagung, zu der in Vertretung des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren Genosse Hansmann teilnahmen. Den Eröffnungsvortrag hielt Vaurat Theodor Bach-Prag. Er schilderte die Entwicklung der Wohnungsbewegung im alten Österreich und im übrigen Ausland während der Vorkriegszeit. Nach kurzer Unterbrechung durch den Weltkrieg wurde das große Werk wieder fortgesetzt, das sich zum Ziele gesetzt hat, die ungesunde Spannung zwischen Stadt und Land auszugleichen. Nachdem Redner noch in formvollendeter Weise die Grundgedanken der Wohnungsreform und Siedlungsbewegung dargelegt hatte, schloß er seine Ausführungen mit einem Appell zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind.

Anschließend an diesen beifälligen ausgenommenen Vortrag fand die ordentliche Vollversammlung der Hauptstelle für Wohnungs- und Siedlungsfürsorge statt. Den kurzen Tätigkeitsbericht erstattete Abgeordneter Schäpky, der darauf verwies, daß bereits im Jahre 1920 eine gemeinsame Beratungskommission des Verbandes der Selbstverwaltungskörper und des Reichsverbandes der Baugenossenschaften für gemeinnützige Bauangelegenheiten geschaffen worden ist. Aus dieser Einrichtung ist dann die der Hauptstelle hervorgegangen, die gegenwärtig an 200 Mitglieder zählt. Sie befaßt sich hauptsächlich mit der Baubereitung und unterhält zu diesem Zwecke in Prag sowie in einigen Provinzstädten eigene Beratungsstellen, die den Baugenossenschaften und den Gemeinden zur Verfügung stehen. Auch auf die Gewährung von Hypothekendarlehen für gemeinnützige Bauzwecke hat die Hauptstelle Einfluß genommen, aber nur mit geringem Erfolge. Der Berichterstatter betonte zum Schluß, daß die Hauptstelle noch ein reiches Tätigkeitsfeld vor sich habe, und daß auch die Arbeit bester, mit in- und ausländischen Verbänden gleichen Charakters in nähere Verbindung zu treten. Bei dem darauffolgenden Bericht des Zahlmeisters wurde der Antrag gestellt, daß der Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen 20 Kronen

und für Korporationen 200 K jährlich betragen soll. Dieser Antrag fand Zustimmung, ebenso wurden die Berichte einhellig zur Kenntnis genommen. Dann wurden die Wahlen vorgenommen. Als Obmann wurde Abg. Schäpky wiedergewählt, als seine Stellvertreter Genosse Baumann und Professor Bach-Prag. Dem Vorstand und dem Hauptauschuß gehören ferner die Genossen Bötzl-Auffig, Cermak, Karl Schuster-Karlsbad und Bagel-Turn an.

In weiterer Abwicklung der Tagesordnung referierte Herr Bezirkshauptmann Max Döngel-Troppau über das deutsche Baugenossenschaftswesen in der Tschechoslowakischen Republik. Der gegenwärtige Reichsverband mit dem Sitz in Troppau ist aus einem Landesverband für Mähren und Schlesien geschaffen worden. Ihm gehören momentan 100 Baugenossenschaften an, rund 30 deutsche Baugenossenschaften dürften den Anschluß noch nicht vollzogen haben. Der Reichsverband hat in einer Reihe von deutschen Provinzstädten eigene Geschäftsstellen errichtet. Die Organisation hatte bisher auf dem Gebiete der Beratung guten Erfolg, daselbst sei aber nicht bei der Geldbeschaffung der Fall. Bei den Banken seien zumeist verschlossene Türen zu finden, nur bei den öffentlichen Versicherungsanstalten sei etwas zu erreichen gewesen. Redner schloß mit dem Ersuchen, überall die Idee der Baugenossenschaft zu verbreiten.

Sodann erstattete Herr Dr. Treusch-Buttler ein kurzes Referat zur Frage der Geldbeschaffung für Wohnungsbauten. Wieder hörte man aus seinen Darlegungen die Klage, daß private Geldinstitute sich nur schwer herbeilassen, für gemeinnützige Wohnungsbauten Kredite zu bewilligen. Selbst die staatliche Garantie helfe dagegen wenig. Ebenso verhält sich das private Kapital in der Sache sehr reserviert. Der Referent befürwortete schließlich die Gründung einer eigenen genossenschaftlichen Kreditanstalt zur Finanzierung des gemeinnützigen Bauwesens. Ihr sollen angehören: 1. Die Baugenossenschaften, 2. juristische Personen und Förderer, 3. Geldinstitute. Den Geldinstituten, die dem gemeinnützigen Wohnungsbau Kredit zuwenden, sollen als Ansporn von Staatswegen Begünstigungen zuteil werden. An die deutschen Geldinstitute richtete Redner den Appell, in dieser Frage mehr entgegenkommen zu zeigen (ob es was helfen wird? Die Redaktion). Unter Hinweis auf den von der Regierung geplanten Abbau der staatlichen Baumerkennung beantragte der Referent sodann eine Entschliebung, in welcher dazugegen Stellung genommen wurde.

Auf diese Ausführungen hin meldete sich der Sektionschef Kubista, der als Vertreter des Ministeriums für soziale Fürsorge an der Tagung teilnahm, zu Worte und schilderte in längerer Rede die Erwägungen, von denen sich die Regierung bei der bevorstehenden Abänderung des Bauförderungsgesetzes leiten lassen wird. Dabei konstatierte er zunächst, daß die Baukosten, die im Jahre 1919 das Sechsfache, Ende 1920 das Sechszehnfache, bis Achtzehnfache, Ende 1922 das Dreifache des Friedensausmaßes betragen, inzwischen auf das Achtfache der Friedenskosten zurückgegangen sind. Die jetzt erfolgte Herabsetzung der Mietpreise dürfte eine weitere Minderung um 100 Prozent, also auf das Siebenfache des Friedensniveaus zur Folge haben. Mit Ende des Jahres 1924 wird von den maßgebenden Kreisen eine Stabilisierung der Baukosten auf der sechsfachen Höhe der Vorkriegskosten erwartet. Das neue Gesetz wird sich diesen Veränderungen anpassen und es wird nur eine Garantie in der Höhe von 40—50 Prozent der Baukosten vorsehen. In den sogenannten privilegierten Städten sollen auch weiterhin Bauförderung und Privilegien der staatlichen Bauförderung teilschaftig werden, in den nichtprivilegierten nur Baugenossenschaften und eventuell Baumeister, die sich mit der Herstellung von Mietwohnungen befassen. Weiter besteht — wie Sektionschef Kubista ausführte — die Absicht, neugegründete Baugenossenschaften im geänderten Bauförderungsgesetz nicht mehr zu berücksichtigen, da im tschechischen Gebiet mehr Baugenossenschaften durch eigene Schuld in Schwierigkeiten geraten sind. Sollte jedoch in den deutschen Gebieten ein Bedürfnis nach neuen Baugenossenschaften bestehen, so werde das Ministerium in diesem Punkt mit sich reden lassen. Was der Herr Sektionschef weiter ausführte, ist für die Mieter sehr interessant. Wie er sagte, wolle er den auswendigen Hausbesitzern eine Freude machen und feststellen, daß mit dem Herabsinken der Baukosten auf 600 Prozent der Vorkriegshöhe der Zeitpunkt für die Beseitigung des Mieterchubes gekommen sei. Bedauerlich sei nur, daß in diese rein wirtschaftliche Frage auch politische Momente hineinspielen, doch die sozialistischen Parteien seien gleichfalls überzeugt, daß der Mieterchub einmal beseitigt werden muß (woher weiß das der Herr Sektionschef? wie Red.). Das allgeräuschlichste an der Sache sei nur, daß auch nationale Momente hineinspielen, weil auf tschechischer Seite die Befürchtung vorherrscht, daß nach Beseitigung des Mieterchubes die tschechischen Beamten in den deutschen Sprachgebieten und in der Slowakei keine Wohnungen mehr bekommen. Es wäre doch recht wissenswert, ob Herr Sektionschef mit dieser Äußerung, die die Mieterschaft zum schärfsten Widerspruch herausforderte, seine persönliche Meinung oder den Standpunkt des Ministeriums für soziale Fürsorge vertreten hat. Auf jeden Fall ist es merkwürdig genug, wenn auf einem Wohnungsfürsorgetag, zu dem obendrein der Mieterchubverband offiziell geladen war, aus dem Munde eines Regierungsvertreters solche Prophezeiungen

sein werden, die wirklich mit den Hausbesitzern, also keineswegs den Objekten einer echten Wohnungsfürsorge, Freude machen. Doch das Ministerium für soziale Fürsorge, seine Abgeordneten nicht mit einer allzughrohen Dosis sozialen Realismus auszurüsten, ließ eine weitere Bemerkung des Herrn Kardina erformen. Er meinte, daß man mit dem Projekt einer gemeinsamen Kreditorenorganisation nicht viel Glück haben werde, denn den Banken könne und dürfe man keinen Zwang antun.

Der Sonderdruck des Herrn Sektionschefs gegenüber dem Ministerium fand eine nachdrückliche Zurückweisung durch den folgenden Redner, Herrn Professor Heinrich Rauchberg. Dieser Debattredner weist mit vollem Rechte darauf hin, daß gerade der Minister die letzten Konsequenzen der Proletarisierung des Mittelstandes aufgehoben habe. Sollte der Minister in naher Zeit aufgelassen werden, so könne kein Staatsbeamter mit seinem heutigen Einkommen — auch Redner und der Herr Sektionschef nicht — den gelohnten Mietzins bezahlen. Man dürfe nicht übersehen, daß das Mietverhältnis auch eine soziale Seite habe. Die Regierung solle sich hüten, auf dem Wege, den sie mit dem Abbau der Beamtengehälter eingeschlagen hat, durch den Abbau des Mietzuschusses weiterzuschreiten. Herr Professor Rauchberg bespricht anschließend den Zusammenhang zwischen Wohnungsfürsorge und Sozialversicherung, und konstatierte, daß die Sozialfürsorgeinstitute die größten Interessenten an dem Fortschritt der Wohnungsfürsorge sind. Da in dem von der Regierung vorgelegten Antrag betreffend die Einführung der Sozialversicherung dies nicht klar zum Ausdruck kommt, erklärte es Redner für wünschenswert, daß der Entwurf nach dieser Richtung hin ergänzt werde. Er beantragte deshalb folgende Entschließung:

Der Vorstand wird beauftragt, eine Eingabe an die Regierung zu richten, in der folgendes angelegt wird:

1. Alle öffentlich-rechtlichen Träger der Sozialversicherung sind durch ein Gesetz zu verpflichten, einen angemessenen Teil ihres Vermögens in Anlagen zu verwenden, welcher der Wohnungsfürsorge oder Wohlfahrtspflege der Versicherten dienen.

2. Die Regierung wolle ihren Einfluß auf die Privatversicherungsanstalten, insbesonders gelegentlich von Kostifizierungen geltend machen, um diese Anstalten zu veranlassen, einen angemessenen Teil der jährlichen Prämieerträge dem Kreditwürdigsten der gemeinnützigen Bautätigkeit zur Verfügung zu stellen.

Der Vorstand wird ferner ersucht, sich mit der tschechischen Organisation für Wohnungsfürsorge und den deutschen Abgeordneten und Senatoren in Verbindung zu setzen, damit diese womöglich in Verbindung mit tschechischen Parlamentariern die vorstehende Anregung unterstützen.

Der Vorstand wird ferner ersucht, auf dem gleichen Wege dahin zu wirken, daß die Paragraphen 180—185 der Jekesbvorlage, betreffend die Sozialversicherung eine Fassung erhalten, welche der Wichtigkeit der Wohnungsfürsorge und Wohlfahrtspflege für die Sozialversicherung entspricht und die Anlage eines angemessenen Teiles der Deckungskapitalien zugunsten der Wohnungsfürsorge und Wohlfahrtspflege sichert.

Nach Beantwortung einiger Anfragen der folgenden Diskussionsredner wurde die Tagung abgebrochen und die Abwicklung der weiteren Tagesordnung für den folgenden Tag angefügt.

Zweiter Verhandlungstag.

Unter dem Vorsitz des Genossen Abgeordneten Hausmann wurden die Verhandlungen am 15. vormittags fortgesetzt. Herr Dr. Treusch-Buttler brachte die von ihm am Vortage beantragte Entschließung, die auf Grund der Ausführungen des Regierungsvertreters einige Änderungen erfahren mußte, neuerdings zur Berlesung. Sie fand in nachstehendem Wortlaute einstimmige Annahme:

In der Erwägung, daß das Baubewegungsgesetz vom 25. Jänner 1923, Nr. 35 Sg. mit Ende des Jahres 1923 abläuft, und erneut werden muß, spricht der deutsche Wohnungsfürsorgetag die Ueberzeugung aus, daß der Zeitpunkt zu einem Abbau der staatlichen Bauförderung noch nicht gekommen ist.

Die Baukosten sind noch nicht so weit gesunken, daß eine den unverminderten Bedürfnissen entsprechende Bautätigkeit ohne ausreichende Bauförderung aus Staatsmitteln erwartet werden könnte, und wir sind noch weit entfernt von jener Stabilisierung der Baukosten, welche allein die Bauführer vor zukünftigen Verlusten schützen kann.

Der deutsche Wohnungsfürsorgetag stellt daher folgende Forderungen auf:

1. das gegenwärtig geltende Baubewegungsgesetz muß mindestens bis Ende des Jahres 1924 verlängert werden.

2. Sollte dies nicht erreicht werden können, so darf doch der Abbau nicht so weit gehen, daß hiedurch die gemeinnützige und private Bautätigkeit eingeschränkt oder vollends behindert wird.

3. Insbesondere ist es notwendig, die staatliche Bauförderung ungeschwächt nach den Bestimmungen des Baubewegungsgesetzes für das Jahr 1923 auch weiterhin jenen Bauführern zugänglich zu machen, welche durch das verpätete Erscheinen der gesetzlichen, bezw. Durchführungsvorschriften, sowie durch allzu kurze Bemessung der Termine verhindert waren, die Bauförderung in Anspruch zu nehmen.

4. Da die Gestaltung der Baupreise in den ländlichen Teilen des deutschen Industriegebietes von jenen in den Städten nicht wesentlich abweicht, so wäre es geradezu verhängnisvoll, die ländlichen Gebiete hinsichtlich der staatlichen Bauförderung

schlechter zu stellen als die städtischen. Gegen eine etwaige Verlagerung der ländlichen Gebiete wird Verwahrung eingelegt.

5. Die staatliche Bauförderung darf nicht auf bereits bestehende Baugenossenschaften beschränkt werden. Es ist vielmehr notwendig, die Gründung neuer, leistungsfähiger Baugenossenschaften überall dort, wo ein Bedürfnis hierfür vorliegt, zu fördern; insbesondere unter der Voraussetzung, daß die zu gründenden Baugenossenschaften ihre Geschäftsführung nach den Grundsätzen eines rationalen Genossenschaftswesens einrichten.

Der Vorstand wird beauftragt, der Regierung diese Entschließung mit den etwa notwendigen Erläuterungen vorzulegen und sich mit den deutschen Parlamentariern in Verbindung zu setzen, damit sie diese Forderungen eventuell im Einvernehmen mit den tschechischen Parlamentariern nachdrücklich vertreten.

Sodann erstattete Herr Professor Paul Jeh-Roldenberg ein gedrängtes Referat über die praktischen Erfahrungen auf dem Gebiete der Bauberatung. An seine sachkundigen Ausführungen schloß sich eine kurze Vorschau, worauf als Höhepunkt und Abschluß der Tagung die bekannte Ansprache auf dem Gebiete des Siedlungsweins, Genosse Dr. Hans Kampfmeyer, Wien-Karlstrabe, ein Referat über „Siedlung und Selbsthilfe“ erpolierte, dessen hauptsächlichsten Inhalt wir noch nachtragen werden. Nach Erledigung dieses Punktes wurde die Tagung, die mit einer gut besuchten Placausstellung in den tschechischen Parlamentsgebäuden verbunden war, geschlossen. Dessen wir, daß sie die umfangreiche Siedlungs- und Wohnungsreform-Bewegung auch im deutschen Gebiete der Tschechoslowakei ein Stück vorwärts gebracht hat.

Tages-Meinigkeiten.

Die Explosion in der Warschauer Stadtelle.

Warschau, 14. Oktober. Nach ergänzenden Berichten über die Explosionskatastrophe soll die Zahl der Toten nach dem Aalenen von einer Anzahl Schwerverwundeter auf 150 Personen gestiegen sein. Die ersten Meldungen waren ungenau, da viele Hunderte von verwundeten Zivilpersonen in verschiedene Warschauer Spitäler gebracht worden sind, so daß die Konstatierung der Zahl der Opfer erst heute durchgeführt werden konnte. Die Gesamtzahl der Schwerver- und Leichtverletzten wird nunmehr mit 1000 angegeben. Unter diesen sind nicht nur Bewohner der Stadtelle, sondern auch Bewohner der in der Nähe befindlichen Beamtenkolonie. Die katastrophalen Folgen der Explosion sind dadurch erklärlich, daß in dem Pulvermagazin, welches in die Luft geschoßen ist, ungefähr sieben Waggons Pulver zur schwere Gefährdung eingelagert waren.

Der durch die Explosion verursachte Aufstand war derart stark, daß eine zur Zeit der Explosion in der Nähe der Stadtelle, welche bekanntlich an der Weichsel liegt, marschierende Militärabteilung in den Fluß geworfen wurde. Viele Soldaten fanden in den Wellen den Tod. Kurz nach der Explosion traf aus der Stadt Minsk-Masowicki, welche eine Wohnstadt von Warschau von einem Erdbeben heimgesucht worden sei.

Die Ursache der Katastrophe wird von einer Seite einem verbrecherischen Anschlag zugeschrieben. Nach Erklärungen des Staatsanwaltes kann jedoch angenommen werden, daß es sich um Unvorsichtigkeit der mit der Einlagerung des Pulvers beschäftigten Arbeiter handelt.

Eine weitere Meldung aus Warschau besagt: Die Bestattung der Opfer der Explosionskatastrophe auf der Warschauer Stadtelle findet auf Kosten der Regierung morgen Dienstag statt. Die Regierung ertlich an das Volk einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Eine verbrecherische Hand führte in der Hauptstadt Polens einen unsäglichem Anschlag aus. Nur einem glücklichen Zufall ist es zu verdanken, daß die Explosion nur einen Teil der Munitionslager erfasste, denn sonst würden ganze Stadtteile Warschaws vernichtet worden sein. Die Regierung würde ihre Pflicht nicht getan haben, wenn sie das ganze Volk nicht auf die große Gefahr aufmerksam machen würde, welche nicht nur die Entwürdigung, sondern vielleicht auch die Existenz des Staates bedrohen könnte. Nach den Terrorakten, welche sich in verschiedenen Städten Polens ereigneten, haben die Feinde Polens ein neues Mittel rücksichtslosen Kampfes gegen den polnischen Staat angewendet. Die Verleumdungen gegen Polen im Auslande, die Steigerung der inneren Wirren, die Ausnützung der schweren Situation, die Verhinderung der Sammlung der Finanzen, die Preistreiberien und das Schwarzbörserium sind einige Mittel dieses Kampfes gegen den Staat, und zeigen, daß jetzt die Zeit gekommen sei, mit dem Feinde Polens einen entscheidenden Kampf anzutragen. Die Regierung ist zu einem solchen Kampfe vorbereitet. Der Aufruf fordert die Leffentlichkeit auf, der Regierung Gehorsam zu leisten. Der Aufruf ist von allen Ministern des Wirts-Kabinetts unterfertigt.

Im Zusammenhange mit der polizeilichen Untersuchung, welche die Ursache der Katastrophe feststellen soll, fanden gestern in Warschau, Krakau und anderen Städten massenhafte Kommunistenverhaftungen statt. In Warschau sind 100 und in Krakau 40 Kommunisten verhaftet worden.

Blättermeldungen zufolge ergaben die seitens der Militärbehörden geführten Untersuchungen, daß eine Sabotageaktion u. d. A. n. schlagend bewiesen wurde.

nunmehr definitiv feststeht, explodierten im ganzen 65.000 Kilogramm italienischen Pulvers, sowie zwei Tonnen Pyrosilin.

Ein tschechischer Abgeordneter als Buchhalter. In Wien beschäftigt derzeit die Bevölkerung eine Skandalaffäre, in deren Mittelpunkt der tschechische Abgeordnete Heigl steht. Dem Vorgangenen wird, daß er dem Fährmeister Schöber für ein Darlehen von zweieinhalb Millionen Kronen den Wucherzins von 114 Prozent gerechnet hat. Heigl berichte nun in der „Reichspost“ die gegen ihn erhobene Beschuldigung dadurch zu entkräften, daß er in seinem Bericht die Sache so darstellte, als hätte er Schöber durch das Darlehen eine große Wohlthat erwiesen, weil Schöber von der Gemeinde Wien eine Forderung von 80 Millionen Kronen nicht eintreiben konnte. Schöber hat nun an die „Arbeiterzeitung“ und an die „Reichspost“ ein Schreiben gerichtet, in dem er die Beschuldigungen Heigls lächerlich macht. Schöber hatte, wie er in dem Briefe anführt, für die Siedlungsgenossenschaft „Reim“ Tätlichkeiten auszuführen. Die Zahlungen für diese Arbeiten liegen immer viel zu wünschenswert, da die Siedlungsgenossenschaft vom Bund kein Geld erhalten konnte. Von der Gemeinde Wien hat Schöber niemals Geld zu erhalten gehabt. Als im Dezember 1922 die Siedlungsgenossenschaft Schöber 16 Millionen Kronen versprochen ihm Heigl, daß er sich für eine Begleichung dieser Forderung einsetzen werde. Er ließ auch dann eines Tages Schöber eine Quittung über 14 Millionen Kronen unterschreiben, gab sie ihm jedoch nur zweieinhalb Millionen aus. Schöber, der das Geld dringend benötigte, nahm diese Summe an und eskuri dann bei der Genossenschaft, daß sich Heigl 14 Millionen einlieferte habe. Durch diese Feststellung Schöbers über die Behauptung Heigls, er hätte sich selbst die zweieinhalb Millionen Kronen ausgeborgt, und habe zweieinhalb Millionen Wucherzinsen zahlen müssen, widerlegt. Durch seine Erklärung in der „Reichspost“ hat sich Heigl vielmehr selbst als Wucherer hingestellt.

„Religionsunterricht.“ In unserem „Jugendblätter“ wiederholt erzählt ein Vater: „Am Montag, den 8. Oktober besuchte der Religionslehrer Haikner die Schüler der dritten Pürgerklasse, ob in ihrer Familie die sozialdemokratische „Volkszeitung“, die „Jugendblätter“ (Nachrichten), der „Volksbote“, der „Anzeiger“ gehalten wird. Zuerst mußten die Schüler aufstehen, in deren Familie die „Volkszeitung“ gelesen wird; zwei Drittel der Schüler standen auf. Dann mußten nacheinander jene Schüler aufstehen, deren Eltern andere Zeitungen abonnieren haben. Nun fragte der Schullehrer, über die „Volkszeitung“ und die „Jugendblätter“ zu schreiben. Er erklärte schließlich den Schülern, daß nur ein paar Zeitungen in Tirol sind, welche noch zur Religion halten, der „Volksbote“ und der „Anzeiger“. Schied die Eltern ihre Kinder dann in die Religionsstunde?“

Deutsch-russischer Gelehrtenaustausch. Frau Kamenev, die Frau des bekannten Sowjetführers und Schwester Trotzki's, tritt in den Moskauer „Nwestnik“ für einen Gelehrtenaustausch zwischen Rußland und Deutschland ein. Das Interesse für Sowjetrußland sei in Westeuropa und besonders in Deutschland im Wachsen. Der Ueberdruck an der bisherigen Kulturform, wie ihn z. B. Spenglers sogenanntes Buch zum Ausdruck bringe, die Sinnlosigkeit der mühseligen behäuflichen Weltanschauung des Ostens, wie etwa Kautskis sie propagiert, die Sehnsucht aller entwürzelten Existenzen der gebildeten Schicht des verfallenden Deutschlands nach ganz neuen Anschauungen — alles das lenke die Aufmerksamkeit auf Rußland hin. Der Artikel beschließt sich in diesem Zusammenhang mit der Frage einer kulturellen Verschmelzung von West- und Ost-europa.

Österreichische Segelwoche in Wien. In Wien sind gestern gelegentlich der österreichischen Segelwoche die ersten Regler aufsteigen und zwar als erster das Flugzeug A 7 mit dem Piloten Doser vom Aeroklub. Der Pilot mußte gleich wieder niedergehen, weil sein Flugzeug einen Bruch des linken Flügels und des Höhensteuers erlitten hatte. Der zweite Regler war Bernthaler mit einem Doppelseger, der dritte Martens, der schon aufstieg und eine Höhe von 150 Metern erreichte. Er blieb eine Viertelstunde in der Luft.

Bombenwürfe in Mailand. Sonntag abends wurden während einer fascistischen Manifestation drei Bomben gegen das Gebäude des „Corriere della Sera“ in Mailand geschleudert. Eine der Bomben explodierte; es wurden jedoch nur geringe materielle Schäden verursacht. Die Täter sind verschwunden. Eine verdächtige Person wurde verhaftet. Das Blatt erklärt, eine Verbindung zwischen dem Ament und einem Droharbeiter des sozialistischen „Popolo d'Italia“ gegen den „Corriere della Sera“ wegen eines Artikels über die spanische Diktatur sei unverkennbar. Später wurde auch ein Bombe gegen das Gebäude des „Avanti“ geworfen, ohne jedoch einen Schaden anzurichten.

Eine Meseninsolvenz in Budapest. Der Budapestter Vorkontrollkommissar Josef Ernst, der zum Schaden seiner Klienten ungefähr anderthalb Milliarden veruntreut hat und gegen den zahlreiche Strafanzeigen erstattet worden sind, ist in der Nähe der ungarisch-rumänischen Grenze festgenommen worden. In seinem Besitz wurden fremde Valuten im Werte von mehreren Millionen Kronen vorgefunden. — Zur Insolvenz der Firma Ernst u. Co. meldet der „Pester Lloyd“, der Bankier Josef Ernst habe bei seiner

polizeilichen Einberufung in Abrede gestellt, daß er die Forderungen habe ergreifen wollen. (Natürlich, nachdem ihn die Polizei erwischte hat. Ann. d. Red.) Er habe nur nach Rumänien reisen wollen, um sich bei seinen dortigen Klienten ein größeres Darlehen zu beschaffen. (Dabei hatte er Valuten im Werte von Millionen bei sich.)

Massenvergiftung von Tauben. In Koischowitz (Preuß.-Schlesien) beobachteten einige Besucher, daß ihnen Tauben von den Dächern fielen und verendeten. Dieses Taubensterben nahm immer mehr zu; nach längerem Hinsiechen gingen die Tiere ein, und schließlich waren auf diese Weise etwa drei Viertel der Taubenbestände, insgesamt rund 1000 Stück, tot. Teils waren sie von den Dächern gefallen, teils fand man sie tot auf den Böden. Besonders schwer sind von diesem bösen Zwischenfall die Züchter von Massentauben getroffen. Auch fünf Hühner sind auf gleiche Weise verendet. Die Untersuchung der Tiere ergab, daß sie sich an einem sehr starken Phosphorpräparat vergiftet haben, das zur Abwehr von Mäusen auf einem Felde ausgestreut worden sein muß.

Trochlose elektrische Beleuchtung. Der Ober-Landesdecker Stadtrat hat, wie die Wäiter melden, dem Elektromonteur Pavilischel die Auffassung eines Wäiters zur Erprobung einer Erfindung auf dem Gebiete der elektrischen Beleuchtung bewilligt. Es handelt sich um Versuche zur drohlosen Abgabe von elektrischem Lichtstrom. Derselben wird dabei schon in seinem Hofstade bei einer Stromspannung von 20 Volt 15 Amp. vorgenommen werden und sollen ein gutes Resultat ergeben haben.

Ein neuer Bahnhof in Brunn. In obekbacher Seit soll in Brunn eine neue Bahnhof erbaut werden, weil der jetzige einlagige Bahnhof den wachsenden Anforderungen von Groß-Brunn nicht mehr genügt und die Anlagen auch nicht erweitert werden können. Der neue Bahnhof soll in irgendeiner Vorstadt, wahrscheinlich in Ober-Gersitz, erbaut werden.

Geistes. Als Menzies, der Erzbischof von Lyon, in sein Vatium einzog, war zu seinem Empfang auch eine alte Eristidame anwesend, eine Schwester des Kardinals Terein. Sie gratulierte ihm zu seinem Glück in der Liebe und auch zu seinem Kinde, dessen Mutter Madame Magarin war. Der Kirchenfürst, wenig erbaud über diese Komplimente, erklärte als das für eine Fabel. „Die wissen ja selbst“, sagte er, „was von Verleumdungen zu halten ist. Es wird Ihnen, Madame, nicht unbekannt sein, was man sich von Ihnen und dem Kardinal erzählt.“ „Allerdings“, erwiderte sie mit der allerhöchsten Zerkelung. „Dann haben Sie mit dem Kardinal also doch.“

Wetterübersicht vom 15. Oktober. In dem nördlichen Gebiete der Republik regnete es am Sonntag recht ergiebig. Umlich meldet zwölf Millimeter, Troppau 21 Millimeter Niederschlag. In Mittelböhmen war der Regen schwach und am Abend trat Aufhellung ein. Die Wetterlage über dem Witten-lande besetzt sich allmählich. Wahrscheinliches Wetter für heute: Wechselnd bewölkt, Neigung zu Strömungen, Temperatur wenig verändert.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeibericht.

Samstag um 8 Uhr abend wurde auf der Bachstraße in der Salzgasse gemeldet, daß im Gasthaus des Anton Resha in Prag-Neustadt das Gastspiel „Meine Tante, deine Tante“ gespielt werde. Die Polizeiwache betrat dort ungefähr 15 Personen beim Spiel, die aber auseinandertraten und das Geld mitnahmen. Angehalten wurden bloß der Mediziner Karl Honzger aus Prag-Neustadt, der Pferdeshändler Franz Bauer aus Olmütz und der Automobilhändler Oskar Rosta aus Prag-Holešowitz. Auf dem Spielisch waren bloß 100 Kronen verblieben. — Als am Samstag um 6 Uhr früh der Postbedienstete die Türe des Postamtes in Radotin öffnen wollte, ging das Schloß nicht auf, weil, wie später festgestellt wurde, von innen ein Nachschlüssel im Schloße steckte. Der Bedienstete beobachtete sodann, wie ein Mann aus dem Fenster kroch und flüchtete. Da der Flüchtling einen Revolver in der Hand hatte, hielt ihn der Bedienstete nicht an, verfolgte ihn aber mit anderen Leuten bis zur Verana. Auf dem Wege verlor der flüchtende Dieb verschiedene Einbruchswerkzeuge für Rasteneinbrüche. Auf der Flucht warf er die Kleider ab und verfuhrte dann den Fluß zu durchschwimmen. Dabei ertrank er jedoch. — Der Gjährige Tischlermeister Anton Stoklika aus Dejwiz wurde Sonntag von zwei ein Mädchen begleitenden Burken beim Gasthause „Javodilla“ in Dejwiz überfallen, mit Stöcken geschlagen, bis er bewußtlos niederfiel, worauf sie ihm den Regenfirm raubten und flüchteten. Die Verfolgung ist eingeleitet.

Städtisches über die Prager Elektrizitätswerke.

Die Prager elektrischen Unternehmungen erzeugten im Jahre 1922 75.908.138 A. W. Stunden Strom. In Prag I—VIII waren Ende 1922 9548 Hausanschlüsse (plus 890 gegen 1921), 719.055 Glühlampen (36.445 Kilowatt) und 11.912 Motore (25.796 Kilowatt). Die elektrischen Bahnen beförderten im Jahre 1922 etwa 156,6 Millionen Menschen (plus 2,8 Mill. gegen 1921). Der Erlos für 98.769.502 Fahrkarten betrug 113 Mill. Kronen, 339.168 Abonnementkarten erbrachten 19,8 Mill. Kronen; umfunt wurden etwa 14,3 Mill. Personen befördert. Der Wagenbestand ist: 371 Motore, 290 Schleppe, drei Zelen und ein Aufsichtswagen. Eingestellt sind für den Tagesverkehr 227 Motore und 188 Schleppewagen. Eine Rechnungsfahrer brachte durchschnittlich 655,89 K und kostete an Regie einschließlich Zinsen und Abschreibungen 631,08 K. Beschäftigt waren bei den Unternehmungen 4037 Personen, davon 245 Beamte, 284 Unterbeamte, 3508 Bedienstete. Davon 1500 Schaffner und Wagenführer, 277 Schaffner, 40 Weichensetzer und 29 Bedienstete in Expeditionen.

Kleine Chronik.

Das Wetter der Woche.

Der allgemeine Witterungscharakter ist in der vergangenen Woche herablich und veränderlich geblieben. Unter dem Einfluss atlantischer Depressionen, die schon mit Sturmwindeln von wintertlicher Tiefe auftraten, herrschte in ganz Mitteleuropa trübes und regnerisches Wetter und unter diesen Umständen hielten sich die Temperaturen ungefähr auf der für die Jahreszeit normalen Höhe.

Die Minima erschienen durchweg in der Gegend von Island und wanderten ostwärts oder ostnordostwärts durch Nordeuropa nach Rußland. Ihre Randwirbel beeinflussten dauernd die Wetterlage auf dem mitteleuropäischen Festland, da sie sich bis an den Alpenwall südwärts ausgedehnt hatten. Hoher Luftdruck lag im Südwesten und Süden des Erdteils, gelangte aber nicht weit genug nach Mitteleuropa, um auch nur vorübergehend wieder einmal einen hitzeren und besänftigenden Tag herbeizuführen. Der niedrigste Luftdruck wurde Dienstag Abend an der norwegischen Westküste in einem Minimum unter 720 Millimeter Tiefe registriert; die starken Gegenstände des Luftdrucks zwischen diesem Minimum und dem über Spanien 770 Millimeter Höhe übersteigenden Hoch hatten um die Mitte der Woche in Norddeutschland sehr lebhaftes, im Küstengebiet stürmische Westwinde zur Folge. Nur vorübergehend stieg in Süd-Deutschland des Thermometer noch über 15 Grad C; in Frankfurt a. M. wurde Donnerstag Mittag 18 Grad Wärme erreicht, wogegen sonst während der ganzen Woche das Quecksilber meist unter 15 Grad blieb. Infolge der anhaltenden Bewölkung waren jedoch im allgemeinen die Nächte noch mild; nur vereinzelt sank das Quecksilber bis auf fünf Grad C. Die Regenfälle waren der Wetterlage gemäß sehr zahlreich und weit verbreitet, stellenweise auch ziemlich ergiebig; Donnerstag war eine durch Norddeutschland eckende Pö stellenweise, so an der mittleren Ostseeküste, von Gewittererscheinungen begleitet. Da vom Nordatlantik augenscheinlich noch weitere tiefe Wirbel zu erwarten sind, so muß mit der Fortdauer der trüben, regnerischen und sehr veränderlichen Witterung auch für die kommende Woche gerechnet werden.

Ein „englisches Pompeji“. Das altrömische Vespasianlager in Vico conium, das an der Stelle der heutigen Stadt Vespertina in Zypern lag, soll jetzt vollständig ausgegraben werden, und man hofft, damit ein „englisches Pompeji“ zu schaffen. Die bisherigen Ausgrabungen lassen weitere bedeutende Entdeckungen erhoffen, die ein ziemlich lüdenloses Bild einer römischen Vespasianbesiedlung geben werden.

Der japanische Erdbebenfilm. Drei verschiedene Filmaufnahmen des japanischen Erdbebens sind jetzt gleichzeitig in den Londoner Kinos zu sehen. Sie kamen alle auf dem „Leviathan“ in Southampton von New York an, wohin sie im Flugzeug aus Seattle gebracht worden waren, nachdem sie vorher die Seefahrt von Yokohama aus zurückgelegt hatten. Da die Filme der einen Gesellschaft sofort vorführbar waren, so hatten sie in London vor den anderen einen kleinen Vorsprung. Die Bilder zeigen die Ruinen von Tokio und Yokohama, und diese Szenen der Verwüstung werden dadurch noch eindringlicher, daß Bilder dieser Städte vor der Zerstörung gegenübergestellt werden. Lange, lange Reihen von Ruinen und Trümmerhaufen ziehen vorüber, zerstörte Straßen und Eisenbahnlinien, vernichtete Wege und Telegraphenleitungen; dazwischen wandert der endlose Strom der Flüchtlinge. Die Häuser, die noch stehen, sind so geborsten, daß sie in jeden Augenblick dem Zusammenbruch geweiht zu sein scheinen.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Internationaler Zusammenschluß in der Eisenindustrie. Wie dem „Prager Tagblatt“ aus Wien gemeldet wird, wird es in der nächsten Zeit zu Verhandlungen und vermutlich zu einem Einvernehmen zwischen den Vertretern der österreichischen, deutschen und tschechoslowakischen Eisenindustrie kommen. Es handelt sich darum, die gegenseitige Konkurrenz der genannten Industrien auf dem Weltmarkt zu verhindern.

Volle Beschäftigung in Wittowitz. Die Wittowitzer Werke sind gegenwärtig voll beschäftigt, was zum Teil auf größere Bestellungen aus dem Auslande zurückzuführen ist. Die Werke beschäftigen derzeit wieder — wie bürgerliche Blätter melden — 17.000 Arbeiter wie vor dem Kriege, während in der gleichen Zeit des Vorjahres der Stand der Arbeiterschaft nur 9000 betragen hat.

Schwangerschaft ist als Krankheit anzusehen. Das Gewerbegericht in Prag hat, wie wir der „Sozialen Rundschau“, dem Organ des Reichsverbandes der deutschen Krankenkassen in der Tschechoslowakei, entnehmen, am 8. Mai d. J. ein Urteil gefällt, das diesen Grundlag ausgesprochen hat. In der letzten Zeit hatten nämlich die Unternehmerorganisationen an ihre Mitglieder die Weisung herausgegeben, Arbeiterfrauen in der Zeit der Schwangerschaft das Entgelt nach § 1154 b nicht zu bezahlen. In einem konkreten Falle hat nun das Gewerbegericht in Prag eine Firma zur Bezahlung der von einer Arbeiterin als Entgelt während der Schwangerschaft verlangten 180 K verurteilt. In der Urteilsbegründung wird unter anderem gesagt: Nach Ueberzeugung des Gerichtes muß als Krankheit jede Unterbrechung der normalen körperlichen Tätigkeit angesehen werden, welche entweder ärztliche Hilfe oder angemessene Behandlung erforderlich macht. Daß die Schwangerschaft in der letzten Zeit vor der Niederkunft eine angemessene Behandlung erfordert und daß die Wöchnerin nach der Niederkunft derselben Behandlung bedarf, ist nach An-

sicht des Gerichtes selbstverständlich. Aus diesen Gründen muß die Schwangerschaft der Arbeiterin samt der Niederkunft als Krankheit nach § 1154 b des a. b. G. B. angesehen werden, und zwar um so mehr, als der Kassenarzt bestätigt, daß die Arbeiterin wegen der vorgeschrittenen Schwangerschaft nicht arbeitsfähig war.

Der Streik in Polnisch-Oberschlesien. Zur Streiklage in Polnisch-Oberschlesien wird überliefert: Am Sonntag haben in den Betrieben überall Abstimmungen stattgefunden und die Belegschaften erklärten sich zum Teile für, zum Teile gegen den Streik. Auf den Gruben und Hütten wird weiter gestreikt. Post und Telegraphen arbeiten wieder, nachdem die polnische Regierung eine Verordnung erlassen hat, daß alle im Streik verharrenden Angestellten und Arbeiter fristlos zu entlassen sind. Bei den Eisenbahnern hat diese Drohung keinen Erfolg gereicht. Die polnische Regierung kämpft scharf gegen die deutsche Presse. Die Drucker des deutschen sozialistischen „Volkswillens“ in Rattowitz ist noch immer militärisch besetzt. Auch das Zentralhotel in Rattowitz, der Sitz der deutschen sozialistischen Partei und der Gewerkschaften, ist militärisch besetzt. Berichtserklärer wurde Schutzhaft angedroht, wenn sie Berichte über Oberschlesien weitergeben würden. Nachträglich wird bekannt, daß es am Freitag zwischen den Streikenden und der Polizei zu scharfen Kämpfen gekommen ist und daß es eine große Zahl von Verwundeten und auch einige Tote gegeben hat. Auf der „Florentin“-Grube wurden zwei Arbeiterwillige von den streikenden Arbeitern erschossen.

Forderungen der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz. Aus Basel, den 14. d. wird berichtet: Die Generalversammlung der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz wurde heute geschlossen. Die Landesverbände werden eingeladen, energisch an der Verwirklichung der folgenden Grundzüge zu arbeiten: 1. Begrenzung der Arbeitsdauer auf 48 Stunden in der Woche, 2. wöchentlicher Ruhetag, 3. Fixierung des Alters der zur Arbeit zugelassenen Kinder, 4. Schutz der Frauen und jugendlichen Arbeiter, 5. Sozialversicherung, 6. gesetzliche Anerkennung der Kollektivverträge, 7. Anerkennung des Rechtes der Angestellten auf jährliche bezahlte Ferien. Die Versammlung verlangt weiter Erleichterung des Uebertrittes von Land zu Land für Handelsreisende. Die Versammlung stellt u. a. fest, daß in Ländern, in welchen Betriebsräte gesetzlich bestehen, deren Nutzen allgemein anerkannt wird, und beschloß, die Enquete über Betriebsräte einem erweiterten Ausschusse zu nochmaliger Behandlung zu überlassen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	100	16.60/00
Berlin	100	112.000/00/00
Wien	100	2118/00

Prager Kurse am 15. Oktober.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1862/00	1366/00
1 holl. Mark	9/25	11/25
100 belg. Francs	179/25	180/75
100 schwed. Kronen	621/75	624/25
1 russ. Rubel	155/75/00	157/25/00
100 Lire	165/25/00	159/75/00
1 Dollar	34/30/00	34/70/00
100 irana. Francs	212/25/00	213/75/00
100 Tinar	40/25/00	40/75/00
1.000 ungar. Kronen	17/75/00	17/75/00
10.000 poln. Mark	0/44/25	0/47/75
10.000 österr. Kronen	4/65/50	5/15/50

Züricher Schlusskurse am 15. Oktober.

	Geld	Ware
Paris	34/05/00	34/20/00
London	25/22/00	25/27/00
Berlin	0/07/00	0/09/00
Wien	25/40/00	25/50/00
Holland	218/75/00	219/25/00
Wien	0/00/78/25	0/01/75/75
Budapest	0/13/00/1	0/03/1/50
Prag	16/55/00	16/65/00
New York	5/56/25	5/57/0
Belgrad	6/45/00	6/55/00
Warschau	0/01/00/00	0/00/00/00

Kunst und Wissen.

Konzert des Deutschen Kammermusikvereines. (Neues Deutsches Theater, 14. Oktober 1923.) Daß der Deutsche Kammermusikverein in Prag nicht nur eine hohe künstlerische Aufgabe erfüllt, sondern auch als Förderer der schöpferischen und nachschaffenden Tonkunst in eifrigster Weise bemüht ist, bewies auch seine erste diesherbstliche Sonntags-Matinee. Vor einer alle Räume des Theaters füllenden Gemeinde von mehr als 2000 Personen stellte sich diesmal die Bläservereinigung der Dresdener Staatsoper mit einem ebenso künstlerisch wertvollen wie ausgezeichnet ausgeführten Vortragsprogramme vor. Das Hauptinteresse des Konzertes nahm ein Werk des jüngsten Deutschen Neutöners Paul Hindemith für sich in Anspruch, das seine Prager Erstaufführung erlebte, eine kleine Kammermusik für Flöte, zwei Klarinetten, Fagott und Horn. Daß der moderne groteske Zug in der Musik, der auch diesem scharf gezeichneten Bläserquintette eignet, nichts anderes als gesteigerte Romantik ist, zeigte dieser neue Hindemith in seiner bald an Gespenstertanz und Mitternachtsstunde, bald an bizarre Faunentanz und Liebesgärten in verträumter Schloßpark-Romantik erinnernden Tonsprache, die modern im guten Sinne des Wortes ist, ohne das Ohr allzusehr durch abstoßliche Mißlänge zu beleidigen und die in der Knappheit und Klarheit ihres Ausdrucks überzeugend wirkt. Weniger begeistert konnte ich mich für die zweite Erstaufführung des Konzertes, ein opernhafte amukantes Bläserquintett von A. Domankh, das zwar farbenreich im Tone ist und auch an thematischer Erfindung keinen Mangel leidet, in seinem Stile aber um etliche Jahrzehnte zurückliegt; kitschige Kadenz-

und hohe, thränenhafte Stellen sowie solche, die bei Nicolai oder Wagner ihr Vorbild gesucht haben, beinträchtigen seinen Gesamtwert. Ein Divertimento und eine Serenade von Mozart bildeten die weiteren Vortragnummern der ausgezeichnet zusammen-gespielten Dresdener Künstler. —el.

Arbeiter-Vorstellung: „Das Nachtlager von Granada“ — „Suzannens Geheimnis“. Von der gespannten Aufmerksamkeit des vorzüglich besuchten Hauses begleitet, wurde in der sonntäglichen Arbeiter-Vorstellung — der ersten in dieser Spielzeit — zunächst Konradin Kreuzers „Nachtlager von Granada“ aufgeführt. Da eine Würdigung dieses Werkes bereits anlässlich seiner Neueinstudierung stattgefunden hat, darf sich die Berichterstattung darauf beschränken, hervorzuheben, daß das in einer Erwartung gewiß nicht enttäuschte Publikum die braven Leistungen der darstellenden Sönger, namentlich Herrn Hagens und Fr. de Garmos, durch reichlichen Beifall anerkannte. Und wenn sich über der Aufführung ein Schleier von langer Weile zu verbreiten schien, so lag dies weder an den Sängern, noch am Publikum, sondern an dem Werke, dessen reichliche Unwohlseinlichkeiten, angefangen von dem so häufigen heimlichen Ehehindernisse bis zu dem unerwartet glück- und ehestiftenden Könige — daß ein König liebend und jagend, also bei der Ausübung wirklich „königlicher“ Beschäftigungen, dargestellt wird, ist beiseite kein vorzeitiger Bühnenrealismus — beim Publikum nicht weniger nachsichtige Mäkel hervorgerufen hatten, als einige handgreifliche Unwahrscheinlichkeiten des Bühnenbildes. — Wolf-Ferraris entzündendes Werk: „Suzannens Geheimnis“ beschloß die Vorstellung. Welch ein ausgezeichnete Unfall! In diesem Henri Bernsteinschen oder Pataleschen Milieu, der Ehebruch — ein Dingge-schicht, das sich in Wohlgefallen, Küßen und Zigarettenrauch auflöst. Den Darstellern, Frau Duffa und Herrn Hagen, sei für ihre vorzüglichen Leistungen besonders gedankt. —x.

„Madi“, Operette in 3 Akten von Grünwald und Stein, Musik von Robert Stolz. (Erstaufführung am Neuen Deutschen Theater, 14. Oktober 1923.) Die moderne Operette ist ein getreues Spiegelbild unserer entarteten Zeit. Sie ist seit der Schöpfung der Tanzoperette durch Sydney Jones' „Gefährlich“ nicht nur als Kunstgattung fortschreitend entartet, sondern hat auch und vor allem in ihrer äußeren Ausmachung und in der Art ihrer Wiedergabe einen immer mehr entarteten Charakter angenommen. Es zeigte sich auch in der neuen Operette des Wiener Robert Stolz, daß die kitschigsten und bloß auf den Knalleffekt hin gemachten Nummern, die ordinärsten und plattesten Witz, die geschmackverletzenden und schamlosesten Glieder- und Beinverrenkungen gerade den stärksten Beifall bei einem gewissen Publikum finden. Daß die modernen Operettenkomponisten ins-folge dessen nur für das Publikum arbeiten, ist kaum wunderzunehmen. Die neue Operette „Madi“ ist übrigens, wenn man von ihren entarteten Stellen absieht, gar nicht so übel geraten, denn ihre Handlung, die einen Scheingemahl zum Liebesbitten Gatten werden läßt, hat einen guten Kern und Stolz' Musik ist oft, namentlich im häufig verwendeten Melodramstil, von apertem Reiz und gebiegener Nachart. Die Auf-führung selbst hatte Klasse und Temperament, das sich von den beiden Trägerinnen der weiblichen Hauptrollen Frau Bord-Weißner und Fr. Ferry sowie von Herrn Gabel ausging. Mit Rücksicht auf den ungeheuren Erfolg der vor über-ausverkauften Hause stattgefundenen Operetten-Premiere legen wir der Theaterdirektion nahe, unser deutsches Theater zu einer Operetten-Spezialbühne umzugestalten und ihm zum wahren Glanzpunkt des Publikums ein Variete anzugliedern. Denn man soll dem Publikum geben, was es verdient! —el.

Deutscher Dilettantenverein. — „Walzer“, Komödie in 3 Akten von Georg Ruitmay. Das Stück, das fern von wirklichen Konflikten die Probleme von Ehe und Treue geistreich und nicht ohne Sentimentalität umhandelt, stellt Dilettanten vor keine leichte Aufgabe. Die Darsteller machten es mit Eifer und Gewandtheit erräglich. Herr Bäuml machte den Komponisten, der das Recht hat, wahre Liebe zu empfinden, so glaubhaft, als der Verfasser es eben zuliehe. Seine Sprachkultur verdient Hervorhebung. In der dankbaren Rolle der schönen Frau wußte Frau Traut-Groschicht wohl zu gefallen. Herr Torn war temperamentvoll und amüsant. In einer Episode fiel Irma Felscher durch resoluten Humor angenehm auf. Die Regie klappte — bis auf einige Voreiligkeiten des Klaviers — vortrefflich.

Neues Theater. Heute Dienstag „Wauwau“ mit Richard Romanowitsch, morgen Mittwoch „Die kleine Sinderin“, Donnerstag „Salome“, Freitag neueinstudiert „Mignola“, Samstag und Sonntag „Madi“.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.
Ortsgruppe Prag des sozialistischen Jugendverbandes. Heute Dienstag, den 16. Oktober, findet um 8 Uhr abends im „Verein deutscher Arbeiter“, Prag, Smetka 27, eine außerordentliche Vorstanderversammlung mit nachstehender Tagesordnung statt: Einläufe und Berichte, Neuwahl, unsere nächste Aufgaben und Gründung einer sozialistischen jugendlichen Wanderguppe, Christenabteilung und Freie Anträge. — In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung werden die Genossinnen und Genossen ersucht, bestimmt und vollständig zu erscheinen.

Turnen und Sport.

A. C. Sparta — tschechischer Pokalfinaler. Am Sonntag stand die Sparta im Pokalfinale der Slavia gegenüber und konnte sie vor 25.000 Zuschauern einwandfrei 3:1 schlagen. Das Spiel zeigte nicht besonders hervorragende Klasse, da beide Mannschaf-

ten indisponiert antreten. Sparta gelang es bereits in der ersten Halbzeit ein solches Vorsprung zu erreichen, daß ihn die Slavia trotz schönerem Spiel in der zweiten Halbzeit nicht mehr aufholen konnte. Der Schiedsrichter war einwandfrei. Es wurde ziemlich scharf, doch immerhin fair gespielt.

Sonntagsfußball in der Tschechoslowakei. A. C. Niggel: Prader Kratoch gegen S. R. Kuffel 1:3. Prader mit einem Erlahmann, der verlor. — Pardubitz: S. R. Pardubice gegen Kuffel S. R. 4:3 (1:3). — Teplicy: Teplice F. R. gegen Viktoria Zizkov 3:1. Teplicy siegt verdient nach überlegenem Spiel. — Brünn: Brünn S. R. gegen Sportklub Prag 7:3 (3:1) Meisterschaftsspiel auf vollständig unspielbarem, da aufgeweichtem Terrain. — Moravia Slavia und Rakob: komb gegen Meteor Vinohrady 0:0. Meteor überraschte durch sein hervorragendes Können. — Prahburg: C. S. R. Pratikava gegen Szombathely A. C. 2:1.

Die Prager Sparta fährt nach Südamerika. Die zuerst in Wien registrierte Nachricht von einer Südamerikanische der Sparta scheint sich zu verwirklichen. Ein Vertreter des Südamerikanischen Verbandes warf derzeit in Prag und bemüht sich die Sparta für eine längere Wettspielreise nach Buenos Aires, Rio de Janeiro und Montevideo zu engagieren. Die Tour soll anschließend an die Gastspiele der Sparta in Potosi, Madrid und Gijon arrangiert werden und würde eine Abwesenheit der Sparta von Prag von Mitte Dezember bis Ende März 1924 erfordern.

Ausländischer Fußball. Länderwettkampf Dänemark gegen Schweden 3:1 (2:0). Gespielt im Stockholmer Stadion vor 20.000 Zuschauern. Dänemark hat den Sieg durch ausgezeichnetes Spiel verdient. — Wien: Da ein heftiger Regen alle Plätze aufgeweicht hatte, wurden familiäre Meisterschaftsspiele abgelehnt. Es spielte lediglich Amateure gegen Ferencvarosi-Budapest. Das Treffen endete nach ausgeglichener Kampf 1:1. — In der Vorrunde um den deutschen Bundespokal spielten am Sonntag: Verband Brandenburgischer Fußballvereine gegen Västernorrland 2:1, Norddeutschland gegen Westdeutschland 4:2 und Mitteldeutschland gegen Süddeutschland 3:2. — Nürnberg: Erster F. C. Nürnberg gegen Schwaben Augsburg 2:0. — In Agrar gewann Hasi das Cupfinale gegen Concordia mit 2:0.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Verlangen Sie
Palma

Kautschukabsatz
und Sohle
von Theres Schuhmacher
meister. — Billiger
als Leder. — Schonen
Nerven, Füße & Schuhe.

Reinrassig, Bernhardiner Inzieren Sie im
4 Jahre alt, guter Wächter, Sozieldemokrat !!
inderzimm, wird in gute
Hände verkauft. Aufsch. an
Prag 3. oth, Vranau 73/11.

Allen Genossen u. Genossinnen
empfehlen sich zur Herstellung
sämtlicher Drucksorten



**Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.**
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste
Zieh- und Lichtmaschinen mit einer Lagesetzung von 500-600
Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von
250.000 Zeitungen, Schriftsetzer Nr. 271, Postparaffin Nr. 127-603